Erste Ausgabe.

Abonnements Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 ₰ sonst 18 ₰. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 ₰.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 111. Halle, Sonnabend, 14. Mai 1887. 179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 13 Mai Vormittags.)

☞ Zur Ersten Ausgabe gehören als Beilagen: die Erzählung von F. Klinck-Lütetsburg „Der Kopf der Freya", S. 49—52, sowie die Verhandlungen des Reichstags vom 12. d. M.

Halle, den 13. Mai.

Politische Mittheilungen.

r. Berlin, 12. Mai. Von den beiden Häusern des preußischen Landtages erledigte das Herrenhaus heute in kurzer Sitzung debattelos verschiedene kleine Vorlagen, während seine Kommission über die westpreußisch-posnische Kreistheilung berieth, von der aber bereits jetzt gesagt werden kann, daß sie in der Fassung, wie sie die zweite Kammer verlassen hat, auch in der ersten zur Annahme gelangen und demnächst Gesetz werden wird.

Im Abgeordnetenhause entspann sich anläßlich des Antrages Althaus betreffs einer Reform der direkten Steuern in Preußen eine längere Debatte, in welcher von konservativer Seite vornehmlich der Abg. v. Rauchhaupt sprach. Herr v. Rauchhaupt trat selbstverständlich warm für die Vorlage ein, die mehr darauf berechnet ist, eine gerechte Vertheilung der unvermeidlichen Steuerlasten herbeizuführen, als darauf, neue Einnahmequellen zu eröffnen. Der Schwerpunkt des Antrages, so führte der Redner aus, liegt in der Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem flüssigen Kapital beseitigt werden müsse und daß man das Kleingewerbe mehr als bisher zu schützen verpflichtet sei. Der Finanzminister erklärte, trotz aller Sympathie für den Antrag, die Regierung nicht binden zu können; er hofft auf gründliche Erörterung der Frage und giebt zu verstehen, daß man sich im Kreise seiner Kollegen gegenwärtig mehr für die indirekten als für die direkten Steuern interessire. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theiles der Freikonservativen abgelehnt, und man kann von ihm wohl nur sagen: „Viel Feind, viel Ehr'!"

Der Reichstag eröffnete seine heutige Plenarsitzung um 1 Uhr. Als erster Gegenstand stand auf der Tagesordnung die zweite Berathung des Nachtrages zum Reichshaushaltsetat, welcher debattelos im Sinne des Kommissionsantrages bewilligt wurde.

Es folgte die erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, dessen Verweisung an die einschlägige Kommission nach dreistündiger Debatte erfolgte. Es betheiligten sich an der Diskussion vor allem der Abg. von Kleist-Retzow, welcher bei dieser Gelegenheit einmal wieder mit der ihm eigenen Frische und Sachkenntniß für das den Konservativen durchaus sympathische Gesetz eintrat. Namens des Centrums und für die Vorlage sprach der Abgeordnete Metzner — Excellenz Windthorst ist im Reichstage neuerdings gänzlich verstummt und vielleicht um so eifriger hinter der Scene beschäftigt.

Mehr oder weniger geschlossen gegen das Gesetz werden die Nationalliberalen Stellung nehmen, und unbedingt feindlich stehen ihm natürlich die immer mehr zu verideten Wortführern des Großkapitals sich entwickelnden Freisinnigen gegenüber; um jeden gedeihlichen Fortschritt zu hindern, selbstverständlich auch die Sozialdemokraten.

Ueber die heute gleichfalls erfolgte Konstituirung der Branntweinsteuer-Kommission ist an anderer Stelle berichtet worden.

---

* Se. Majestät der Kaiser traf Mittag 12½ Uhr vom Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, zahlreichen Generalen und den fremdherrlichen Militärattachees begleitet, wie schon telegraphisch gemeldet, in Potsdam ein und begab sich alsbald zu Wagen nach dem Bornstedter Felde, wo das erste Garderegiment zu Fuß unter dem Befehl des Oberst von Lindequist in Parade aufgestellt war.

Nach dem Parademarsch in Kompagniefronten wurden Bewegungen in der Rendezvous-Formation und Avanciren in Linie gezeigt. Darauf theilte sich das Regiment in zwei Marschkolonnen, deren linke — ein Bataillon stark — in der Vorwärtsbewegung auf den Feind stieß und gegen denselben in's Gefecht trat, während die rechte sich gegen den linken Flügel und die linke Flanke des Feindes wandte und dieselbe angriff. Nachdem die rechte Kolonne sich zum Gefecht entwickelt hatte, wurde sie in ihrer rechten Flanke durch feindliche Kavallerie — das Garde-Husaren-Regiment, geführt durch S. K. Hoheit den Prinzen Wilhelm — angegriffen. Die Kavallerie-Attake wurde durch das entwickelte 1. Garde-Regiment durchgeritten und das letztere nahm alsdann die Angriffsbewegung wieder auf, gewann allmälig Terrain und ging auf nähere Entfernung vom Feinde zum Sturm über. Der geworfene Feind wurde zunächst durch Feuer und dann durch eines der Bataillone verfolgt. Hiermit schloß die Darstellung des Gefechtes. Ein Parademarsch des 1. Garde-Regiments zu Fuß und des Garde-Husaren-Regiments beendete die Besichtigung. Das 1. Garde-Regiment zu Fuß exerzirte mit Platzpatronen und brachte in den geeignet erscheinenden Momenten das Magazin-Feuer zur Darstellung.

Dem militärischen Schauspiele wohnten J. K. Hoheit die Frau Prinzessin Wilhelm, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen bei. Nach Beendigung der Besichtigung nahm Se. Majestät der Kaiser das Frühstück im Offizier-Kasino des Garde-Husaren-Regiments ein. — Der Kaiser fuhr vom Bornstedter Felde nach der Villa des Herzogs Johann von Mecklenburg, hielt sich dort kurze Zeit auf und begab sich dann nach der Kaserne der Garde-Husaren. Auf dem Hofe war das ganze Regiment aufgestellt. Das Offizierkorps, mit Prinz Wilhelm an der Spitze, empfing den Kaiser am Hauptportale. Vor dem Frühstück fand die Feier des Richtfestes des neuen Offizier-Kasinos der Garde-Husaren statt. Unter den Klängen des Pappenheimer Marsches wurde die Richtkrone emporgezogen. Der Kaiser stand während der Feier am Fenster des alten Offizier-Kasinos. Um 4 Uhr verließ Se. Majestät die Kaserne und fuhr über Babelsberg nach Berlin zurück.

* Die Frau Kronprinzessin hat mit Ihren K. Hoheiten den Prinzessinnen Viktoria, Sophie und Margarethe gestern Abend 6 Uhr, wie schon berichtet, die Rückreise von Ems nach Potsdam angetreten, der Kronprinz gab bis zum Bahnhof das Geleite.

In der Sitzung des Bundesrathes am 12. wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Zuckers den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

* Die Branntweinsteuer-Kommission des Reichstags, die heute zusammengetreten ist, besteht aus den folgenden Mitgliedern: von Helldorff, von Wedell-Malchow, Uhden, Dr. v. Frege, v. Mirbach, Graf Kleist-Schmenzin, v. Kardorff, Günther, Dr. Buhl, Dr. Miquel (Vorsitzender), Dr. Tröndlin, Woehrmann, Spahn, Dr. Lieber, Szmula, Graf Chamaré, Frhr. v. Huene (Stellvertreter des Vorsitzenden), Weber, v. Gagern, Hesse, Gamp, Schultz, Dr. Meyer (Halle), Dr. Witte, Duvigneau, Grub, Fiesor und Dr. Sattler.

* Besteuerung des Branntweins. Gegenwärtig wird der Branntwein in Deutschland etwa mit 16 Mk. für das Hektoliter besteuert; in Zukunft mit 66 oder 86 Mk. je nach dem das zum Konsum kommende Quantum 1,710,000 Hektoliter überschreitet. Mit diesem Steuersatz würden wir aber noch lange nicht an die Höhe der von anderen großen Staaten erhobenen Steuer heranreichen. In Frankreich wird das Hektoliter mit 125, in England mit 360, in Rußland mit 131, in Belgien mit 89, in den Niederlanden mit 201, in Schweden mit 86, in Italien mit 129 und in dem „freien" Amerika mit 159 Mk. besteuert. Und da wollen die Freisinnigen bei uns von einer Ueberlastung der Branntwein konsumirenden Menge reden!

* In mehreren Blättern wird die baldige Abreise des deutschen Generalkonsuls Dr. Arendt aus Sansibar damit motivirt, daß der Sultan Said Ben Bargasch beim Auswärtigen Amte eine Klageschrift gegen ihn eingereicht habe. Die „Berl. Pol. Nachr." können demgegenüber Folgendes konstatiren:

Richtig ist an beregter Blättermeldung nur, daß der Generalkonsul Dr. Arendt erkrankt ist und sich beim Auswärtigen Amt schriftlich einen Urlaub erbeten hat, welcher ihm auch ertheilt werden wird. Seine Abreise aus Sansibar dürfte erst etwa in drei Monaten erfolgen. Von Mißhelligkeiten zwischen ihm und dem Sultan ist absolut keine Rede; im Gegentheil erfreut sich unser Generalkonsul seitens des Herrschers von Sansibar der wohlwollendsten Rücksichtnahme. Wie einerseits die Geschäftsführung des deutschen Vertreters keinerlei Anlaß zu seinem Urlaubs- oder gar Rücktrittsgesuche bieten kann, so sind andererseits die Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und dem Sultan von der freundschaftlichsten Beschaffenheit, was durch die unter Deutschlands Vermittelung bewirkte Beilegung des Konfliktes zwischen dem Sultan Said Ben Bargasch und Portugal wohl auf das Beweiskräftigste dargethan wird.

* Die mit der Schnäbele-Angelegenheit zusammenhängenden Spionage-Umtriebe wurden trotz der Entlassung des Hauptschuldigen aus der Haft dennoch zur gerichtlichen Verhandlung gelangen. Man schreibt darüber der „N. Allg. Ztg." Näheres: „Gegen Schnäbele ist öffentliche Anklage wegen eines im deutschen Strafgesetzbuch mit Strafe bedrohten Verbrechens erhoben, ein Haftbefehl ist gegen ihn erlassen, der durch ausreichende Verdachtsgründe unterstützt ist. Allerdings kann das Prozeßverfahren gegen ihn zunächst nicht durchgeführt werden, denn er ist abwesend, und Kontumacialurtheile dürfen, abgesehen von flüchtigen Militärflüchtigen, nur in den leichtesten Straffällen gesprochen werden. Falls aber Schnäbele auf deutschem Gebiete sich wieder betreten läßt, muß auch das Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen werden. Es ist dies nicht bloß ein Recht, sondern vor allem eine Pflicht der deutschen Gerichte, von deren Wahrnehmung sie Niemand dispensiren kann. Mit aller Bestimmtheit ist denn auch dieser Standpunkt in der bekannten Note des Fürsten v. Bismarck festgehalten, die in mehr als einer Hinsicht als ein diplomatisches Meisterstück bezeichnet werden darf. Uebrigens auch ohne daß eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schnäbele stattfindet, wird seine Thätigkeit noch mehr als genug die deutsche Justiz beschäftigen. Die Untersuchung gegen den in Haft befindlichen deutschen Reichsangehörigen Klein dauert fort und da derselbe angeklagt ist, landesverrätherische Handlungen auf Anstiftung von Schnäbele begangen zu haben, so wird die in Aussicht stehende Verhandlung vor dem obersten Gerichtshofe Deutschlands auch Klarheit darüber schaffen, worin im einzelnen die gegen Schnäbele erhobenen Beschuldigungen bestehen, und ob sie begründet sind. Zu wünschen ist nur, daß das Reichsgericht sich nicht durch die Beschaffenheit des Falles wegen möglicher Gefährdung der Staatssicherheit veranlaßt sieht, die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens ganz auszuschließen. In diesem Falle wäre es leider nicht möglich, unwiderleglich vor Europa darzuthun, in welchem Maße ein französischer Grenzbeamter unter Connivenz seiner Vorgesetzten die amtliche Stellung mißbraucht hat, um deutsche Reichsangehörige für Geld zu verbrecherischen Handlungen gegen ihr Vaterland zu verleiten. Außer gegen Klein werden zur Zeit noch gegen neun andere Elsässer politische Prozesse auf Antrag des Oberreichsanwalts geführt. Gegenstand dieses gerichtlichen Verfahrens sind Vorbereitungshandlungen zum Hochverrath, Landesverrath, insbesondere Verrath von Militärgeheimnissen, Anstiftung zur Fahnenflucht deutscher Reichsangehörigen, Theilnahme an ungesetzlichen Verbindungen 2c.

* Die „Schlesische Volkszeitung" des Kanonikus Franz sucht die Dankadresse der preußischen Katholiken an den Papst zu verhindern. Ihr Hauptmittel ist, den Herzog von Ratibor als Staatskatholiken zu diskreditiren.

* Die von den Staatskatholiken des Herrenhauses geplante Adresse an den Papst lautet:

„Heiliger Vater! Deine hier unterzeichneten getreuen Söhne nahen Deinem heiligen Stuhle in kindlicher Ergebenheit, um Folgendes vor Dir auszusprechen. Dein erhabenes Schreiben vom 7. April, in welchem Du den katholischen Abgeordneten aufgiebst, für den Gesetzentwurf zu stimmen, welcher dem Herrenhause genehmigt wurde, begrüßten wir mit größter und ungetheilter Freude. Mit Dir, heiliger Vater, erkennen wir in diesem Gesetz, welches auf Befehl des Kaisers vorgelegt worden ist, den Zugang zu dem so lange und so mühsam erstrebten Frieden. Wir finden mit Dir in den von dem Landtage noch angenommenen Verbesserungen der Vorlage weitere erhebliche Vortheile für unsere heilige Kirche und sind überzeugt, daß unsere katholischen Mitbürger Dir darin vollkommen beistimmen, daß das gegenwärtig erreichte Gute den ungewissen Hoffnungen der Zukunft vorzuziehen ist. Wir hegen so wie Du das volle Vertrauen, daß der unglückliche Kampf, welcher unser Vaterland zerriß, und Dein väterliches Herz so tief bekümmerte, durch Deine und unseres erhabenen Kaisers höhere Weisheit nunmehr zu Ende gehen wird. Wir setzen das vollste Vertrauen in Deine Entschließungen, was die Zukunft angeht. Wir beruhigen uns nicht nur bei denselben, sondern wir kommen ihnen mit wahrer Freude und Genugthuung entgegen. Indem wir für die väterliche Liebe und Sorge, mit welcher Du seit Anfang Deiner segensreichen Regierung die kirchlichen Verhältnisse in unserem Vaterlande behandelt hast. Dir unsern kindlichen Dank aussprechen, flehen wir zu Gott, daß Dein glorreiches Pontifikat noch lange Jahre zum Segen der Welt andauern möge und erbitten für uns und die Unsrigen Deinen apostolischen Segen."

Das Einladungsschreiben zu dieser Adresse geht vom Herzog von Ratibor im Namen einer Anzahl katholischer Mitglieder des Herrenhauses aus. Dieselben wissen, wie es in dem Schreiben heißt, daß die Kundgebung dem Papste große Freude bereiten werde. Auch Katholiken, die dem Herrenhause nicht angehören, sollen sich betheiligen.

* Neuerdings soll der Kanonikus Sockel in Breslau zum Nachfolger des verstorbenen Dr. Herzog als Fürstbischof ausersehen sein. Er soll insbesondere auch am Hofe als geeignete Persönlichkeit gelten.

* Das Leipziger Landgericht verurtheilte zehn Angeklagte wegen Verbreitung sozialistischer Schriften bez. Theilnahme an einer Verbindung zu Gefängnißstrafen von 2 Wochen bis zu 9 Monaten.

Frankreich Der Botschafter Herbette hat seine Rückreise nach Berlin auf nächsten Sonnabend festgesetzt. — Der Verkauf der Krondiamanten hat gestern in Paris seinen Anfang genommen. Zu demselben hatten sich gegen 250 inländische und ausländische Juweliere und zahlreiche andere Interessenten eingefunden.

— Das Votum der Budgetkommission, durch welches die Regierung aufgefordert wird, neue Ersparnisse vorzulegen, wird in parlamentarischen Kreisen als ein vollständiger Bruch zwischen der Kommission und dem Ministerrath angesehen. Zur Schlichtung der Frage soll die Kammer in der nächsten Woche befragt werden. Den Blättern zufolge dürfte eine Ministerkrisis wahrscheinlich sein

Rußland. Dringt die Wahrheit durch? Es wurde schon vor einigen Tagen von uns darauf hingewiesen, daß ein Moskauer Blatt, die „Sowreemennija Iswestija", sich bezüglich der Veröffentlichungen der „Nord. Allg. Ztg." über den Berliner Congreß ganz auf die Seite des Fürsten Bismarck gestellt habe. Wir gaben damals die wesentlichsten Aeußerungen des russischen Blattes wieder und sind heute in der Lage, nach der „Russ. Corr." einen kurzen Auszug aus einem Artikel der neuesten Nummer desselben zu bringen, aus dem hervorgeht, daß das genannte Organ gleichfalls in dieser Sache einmal eingenommenen Standpunkt aufrecht zu erhalten gewillt ist. Dasselbe meint, daß aus der bisherigen Polemik klar die Nichtbetheiligung Deutschlands hervorgehe und daß in der That zwischen Oesterreich und Rußland besondere Abmachungen bestanden, durch welche die Balkanprovinzen der österreichischen Monarchie ganz unnöthigerweise „in den Rachen geworfen" worden seien. Es sei geradezu die Absicht Gortschakow's gewesen. Bismarck zu umgehen, und der Congreß sei von Rußland aus Furcht vor einem Kriege mit England vorgeschlagen worden. Man müsse sich über die Verwirrung des Geistes wundern, welche in dieser Furcht zum Ausdruck gekommen sei, insbesondere nachdem Fürst Bismarck ebenso öffentlich, wie er Rußland gerathen habe, Constantinopel zu nehmen, erklärt hätte, daß ein Krieg des Elephanten mit dem Walfisch eine Unmöglichkeit sei. Nichtsdestoweniger habe Rußland aus Furcht vor dieem Kriege den Congreß gewählt und sogar die Annexion Cyperns durch England zugelassen, desgleichen Bosnien und die Herzegowina Oesterreich gestattet. Bezüglich der beiden letzten Provinzen erkläre die „Nord. Allg. Ztg." ganz offen, daß es dem Kanzler auch jetzt völlig gleichgiltig sei, ob Rußland seinen Fehler von 1876 wieder gut machen werde und ob Oesterreich-Ungarn im Stande sei, seine Stellung in den annektirten Provinzen aufrecht zu erhalten. Das russische Blatt schließt seinen sehr bemerkenswerthen Artikel mit der bezeichnenden Frage: „Werden wir dieses Mal den Wink verstehen?"

— Wie die deutsche „Petersburger Zeitung" vernimmt, wurden in der vorgestrigen Sitzung der afghanischen Grenzkommission nur Details von geringerer Bedeutung besprochen, und dürften sich die Verhandlungen länger hinausziehen, da die britischen Delegirten neue Instruktionen erwarten.

Großbritannien. Unterhaus. Unterstaatssekretär Fergusson erklärte im Unterhaus, die Regierung werde sicher in dem Jahre 1889 in Paris stattfindenden Ausstellung nicht offiziell betheiligen, denjenigen aber, welche dieselbe beschicken, Erleichterungen gewähren.

Italien. Enthüllung der Domfaçade zu Florenz. Im Beisein des Königs, der Königin, des Kronprinzen, des Ministers Zanardelli, der Vertreter der fremden Mächte, der Präsidien des Senats und der Deputirtenkammer, sowie zahlreicher anderer Würdenträger fand am 12. unter dem Geläute aller Glocken die feierliche Enthüllung der neuen Domfaçade statt. Der Domplatz und die umliegenden Straßen waren reich mit Flaggen geschmückt. Vom Erzbischof wurde ein Hochamt celebrirt und dabei der päpstliche Segen ertheilt. Der König und die Königin mit den anderen Ehrengästen wohnten dem Hochamte bei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870514 1-14/fragment/page=0001

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 12. Mai.

Haus und Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Ministertische: Finanzminister Dr. v. Scholz nebst Kommissaren.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der folgende Antrag (Altbaus) der konservativen Partei: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) In Erwägung, daß die bestehende Klassen- und klassifizirte Einkommensteuer den Grundsätzen einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung nicht entspricht; 2) in Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Kapital die Einführung einer Kapitalrentensteuer nothwendig erscheinen läßt; 3) in fernerer Erwägung, daß im Hinblick auf den Rückgang des Kleingewerbes die Bestimmungen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe einer der wirthschaftlichen Entwickelung entsprechenden Reform dringend bedürfen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Anschlusse an die bereits vom Hause der Abgeordneten in der Session pro 1883/84 gemachten Vorarbeiten, einen Gesetzentwurf in der nächsten Session vorzulegen, welcher den zu 1—3 bezeichneten Anforderungen Rechnung zu tragen geeignet ist."

Hierzu liegt folgender Gegenantrag der Abgg. Frhr. von Huene (Centr.) Hobrecht (nat.-lib.) und Frhr. von Zedlitz und Neukirch (freikons.) vor: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In Erwägung, daß von allen Parteien des Hauses die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Reform des direkten Steuersystems bereits ausgesprochen ist; in Erwägung ferner, daß die weitere Ausbildung der indirekten Steuern im Reiche die Reform des direkten Steuersystems in Preußen im Sinne einer gerechten Vertheilung der Steuerlast einerseits zur unabweisbaren Nothwendigkeit macht, andererseits dieselbe erleichtert, und in der Erwartung, daß die Königliche Staatsregierung mit entsprechenden Vorlagen vorgehen wird: über den Antrag der Abg. Althaus und Genossen — Nr. 126 der Drucksachen — zur Tagesordnung überzugehen."

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) bemerkt, daß der Antrag keinen agitatorischen Zweck habe, sondern nur Gelegenheit gegeben werden solle, Fühlung zwischen den parlamentarischen Körperschaften und der Staatsregierung sowie innerhalb der Parteien herzustellen. Die freisinnige Partei werde dem Antrage ja wohl nicht unsympatysch gegenüberstehen, da dieselbe vor Kurzem noch eine Reichseinkommensteuer projektirt habe. Die jetzige Finanzlage lasse hoffen, daß zur Zeit die Schwierigkeiten nicht mehr vorhanden seien, welche in der Session 1883/84 vorhanden gewesen. Allgemeine zustimmende Erklärungen über eine Steuer-Reform haben wenig Werth für uns, die Hauptsache bleibt, daß wir uns über bestimmte Grundlagen einigen. Schwierig sei es dabei, zwischen direkten und indirekten Steuern das richtige Verhältniß herzustellen. Was das Prinzip der direkten einerseits und der indirekten Steuern andererseits und die Belastung der verschiedenen Bevölkerungsklassen durch dieselben anlangt, so rechne ich, daß es ungefähr 8 Millionen Haushaltungsvorstände giebt, welche von direkten Steuern frei sind, gegenüber etwa 1½ Millionen Haushaltungsvorständen mit 3 Milliarden Einkommen, welche direkte Steuern zahlen. Und wenn nun wirklich jene 8 Millionen, die von direkten Steuern frei sind, wesentlich die indirekten Steuern aufbrächten, so liegt auch darin doch an sich keine Ungerechtigkeit. Zudem muß Jeder zugeben, daß die Lage der Arbeiter sich seit 1879 nicht verschlechtert hat, sondern da die Löhne gestiegen und die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel zurückgegangen sind, sich verbessert hat. Gleichwohl bin ich dafür, daß die Besitzenden schärfer herangezogen werden, aber zunächst wünsche ich eine größere Heranziehung des mobilen Kapitals. (Sehr gut! rechts.) Daher stellt unser Antrag drei Forderungen. Für ein besseres Einschätzungsverfahren empfiehlt sich der Deklarationszwang; ferner empfiehlt sich eine Progressivsteuer. Die Auffassung des Fortschrittes, bereits ein Einkommen von 6000 ℳ mit Zuschlägen zu belasten, halte ich für falsch. Mit Zuschlägen, wie die Sozialdemokraten wollen, etwa bis 100 Prozent, wäre die soziale Frage etwas zu einfach gelöst. Eine progressive Einkommensteuer bis in's Unendliche billigen wir auf keinen Fall. Wollten Sie eine Ausgleichung durch eine steigende Steuer eintreten lassen, dann bleibt nur zweierlei übrig, nämlich die Einführung der Kapitalrentensteuer und die wesentliche Reform der jetzigen Steuerverhältnisse. Die Grundsteuer ist eine viel zu scharfe, im Verhältniß zur Besteuerung des mobilen Kapitals. Es ist hier unsomehr eine Reform geboten, da diese Steuer mit wachsender Verschuldung immer intensiver wird. Von einem gerechten Steuersystem sind wir vorläufig noch weit entfernt. Auf der einen Seite haben wir Personal-, auf der anderen Realsteuer, d. h. auf der einen Klassen- und Einkommensteuer und auf der anderen Grund- und Gebäudesteuer. Und nun sehen Sie sich unsere Gewerbesteuer an. Ist diese nicht eine Ungerechtigkeit, weil sie im Grunde genommen eine doppelte Besteuerung involvirt? (Sehr richtig! rechts.) Wollte man diese Steuer nach dem Kapital bemessen, so käme man allerdings nicht zu dem richtigen Schlusse, da viele Gewerbe, wie zum Beispiel viele Gastwirthschaften, fast ohne Kapital arbeiten. Die Gewerbesteuer, wie sie heute besteht, ist unhaltbar und ich hoffe, daß, wenn die Regierung uns eine Reformvorlage der Gewerbesteuer bringt, daß es eine recht sorgfältig durchgearbeitete sein wird. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. v. Scholz erklärt, er möchte einerseits den Unterzeichnern des Huene'schen Antrages seinen Dank abstatten, andererseits seine Freude ausdrücken über jedes Zeichen lebhafter Theilnahme für sein Ressort. Er fürchte aber, daß der Antrag Althaus keinen Erfolg haben werde, ebenso wie der schon einmal von dem Hause angenommene, viel eingehender spezialisirte. Der Minister bittet, bei Behandlung der Frage von allen Nebenpunkten abzusehen. Ein solcher Nebenpunkt sei die Reform der Quotisirung, ein anderer Nebenpunkt sei die Forderung, daß die Reform der direkten Steuern verbunden sein soll mit der Reform der Grundlagen unseres Wahlrechts. Fassen Sie den Entschluß, die Frage ohne diese Nebenpunkte zu behandeln. Aber auch wenn Sie diesen Entschluß gefaßt haben, möchte ich wünschen und hoffen, daß dann noch eine Schwierigkeit beseitigt wird, von der ich befürchte, sie wird große Hindernisse dem Erfolg entgegenstellen. Herr v. Rauchhaupt hat die Schwierigkeit dargelegt, welche das Bestehen unserer Grund- und Gebäudesteuer einer rationellen Reform unserer direkten Staatssteuer entgegenstellt. Ich bin ganz mit Herrn von Rauchhaupt einverstanden, aber er wird sich der Ueberzeugung jedenfalls nicht verschließen, auch die Kapitalrentensteuer hat ihre großen Gegner, und es liegt nicht in unserer Macht, hier etwas zu thun, ohne daß wieder die ganze Frage des Standes-Einkommens und des Einkommens vom mobilen Besitz berührt wird. Deshalb war die Staatsregierung der Meinung, wenn sie auf dem Wege fortschreitet, daß wir endlich dazu kommen, die Grund- und Gebäudesteuer der Kommune zu überweisen, daß dann der Weg erleichtert und Hoffnung vorhanden ist, zum Ziele zu gelangen. So lange die betondere Ertragsteuer vom immobilen Besitz als Staatssteuer bestehen bleibt, so lange die Schwierigkeiten fortbestehen, und eine Einigung im weiteren Kreise, wie sie für eine Reform der direkten Steuern wünschenswerth und nothwendig ist, zweifelhaft sein. Ich kann im übrigen trotz meiner Sympathieen für diese Reformen hier eine bestimmte Auskunft über die Absichten der Staatsregierung nicht ertheilen und nur bitten, die Frage doch recht gründlich zu ventiliren.

Abg. Rickert (deutschfreis.) erhebt den Vorwurf gegen die konservative Partei, daß sie nur neue Steuern auf den Kopf zu wälzen bestrebt sei. Es ist zu beklagen, daß nicht auf Ihrer (nach rechts) Seite das Gefühl der Verantwortlichkeit dafür vorhanden ist. Die Geschäfts- und Erwerbswelt wird dadurch beunruhigt; diese gefährliche Seite hat der heute vorliegende Antrag allerdings nicht: nachdem ihn der Finanzminister heute so ablehnend behandelt, wird er ad acta gelegt werden. Nach einer weiteren Polemik gegen die Freunde der neuen Wirthschaftspolitik kommt Redner auf seine Resolution betreffs der Reichseinkommensteuer zurück und erklärt, seine Partei sei für eine stärkere Heranziehung des Einkommens im Reiche, und über die Form würde man sich schon einigen können; für ihn und seine politischen Freunde sei jede Resolution und jede motivirte Tagesordnung unannehmbar.

Abg. Wolff (kons.): Wenn man hier allerlei Nebenpunkte vorführt, wird wohl ein Jahrzehnt vergehen, ehe eine Reform zu Stande kommt. Der Abg. Rickert hat die Vorrechte der Standesherren abfällig besprochen; er thäte besser, nicht eine solche Agitation zu eröffnen; die Rechte der Standesherren sind völkerrechtlich geschützt und bestimmt. Auch sagt der Vorredner, daß erst das Wahlrecht reformirt werden müsse. Unter solchen Umständen wird das Volk sagen, es fehlt seinen Vertretern am rechten Willen, es ist dies der sicherste Weg, die Sache ins Unendliche hinauszuschieben. Der Vorredner hat eine Rede gehalten, die über alles Mögliche sich ausbreitete und jedenfalls für Reichstag bestimmt war. Seine Ausführungen haben gezeigt, daß der Freisinn nichts gelernt und nichts vergessen hat. Was seine Angriffe auf die Getreidezölle betrifft, so ist durch letztere keine Vertheuerung der Lebensmittel eingetreten, wie die Erfahrung zeigt. Was den Vorwurf betrifft, die konservative Partei habe nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit, so weise ich diese Versuche, uns zu hofmeistern, entschieden zurück. Redner wendet sich sodann an die Unterzeichner des Antrages auf Tagesordnung und führt aus: Jetzt sei die geeignete Zeit zur Reform der Steuerpolitik, nachdem der Reichstag eine nationale Mehrheit hat. Wie die Unterzeichner haben auch wir das Vertrauen zur Regierung, halten aber den Zeitpunkt für gekommen, ihr zu sagen, daß jetzt etwas Positives geschehen müsse. Unsere Absicht ist, eine gerechtere Vertheilung der Steuerlasten herbeizuführen; es ist dies eine Aufgabe des praktischen Christenthums. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Huene (Centr.): Der Vorredner hat angekündigt an die Weisungen des Finanzministers, Nebenfragen aus dem Spiele zu lassen, und das Wahlrecht gestreift. Das ist nicht konservativ, ein solches Recht als Nebensache zu behandeln. Dem Antrag Althaus können wir nicht zustimmen, trotzdem wir stets bereit sind, auf diesem Gebiet zu arbeiten; der Antrag aber enthält zu viel, um eine bloße Anregung und zu wenig, um der Regierung bestimmte Direktiven geben zu können.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.) wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Rickert und weist die Angriffe auf die neue Wirthschaftspolitik entschieden zurück. Die Rede des deutschfreisinnigen Führers sei ein neuer Beweis dafür, daß das Freihandelssystem mehr und mehr verliere, wie dies jetzt in England geschehe.

Abg. Hobrecht (natl.) pflichtet den Aeußerungen und der Resolution des Abg. v. Huene vollkommen bei. Wenn der Antrag die Nothwendigkeit einer Reform der Einkommen- und Grundsteuer ausdrückte, würden wir dem Antrag, dessen gute Absichten wir anerkennen, bestimmen; derselbe gehe aber in seiner gegenwärtigen Fassung zu Bedenken Veranlassung, die der Redner des Weiteren erörtert.

Generalstiftsdirektor Burkhardt beklagt, daß der Antrag Althaus zu wenig Positives enthalte; es sei kein Bedürfniß für die Regierung vorhanden, zu dem einen oder anderen der vorliegenden Anträge Stellung zu nehmen. Für die Regierung könne es nur darauf ankommen, daß das Haus das Bedürfniß zur Reform der direkten Steuer überhaupt anerkenne. Der Kommissar nimmt sodann den Minister gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz; derselbe habe den Antrag durchaus nicht ironisch behandelt. Auch sei es falsch zu glauben, daß der Finanzminister nur Interesse für neue Steuern habe; es komme darauf an, 80 Millionen Steuern richtig zu placiren, und wenn dies nicht geschehe, so würden bedeutende Volksinteressen geschädigt werden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch (freik.) betont, daß es bedenklich sei, der Regierung mit so allgemeinen Sätzen Direktiven geben zu wollen; wenn wir den Antrag Althaus annehmen, hindern wir alle Steuer-Reformen in Preußen.

Abg. Dr. Meyer-Breslau (deutschfreis.), welchem Abg. v. Rauchhaupt vorgeworfen, er sei schuld, daß die Kommissionsverhandlungen von 1883 erfolglos geblieben, führt diese Erfolglosigkeit auf den Gegensatz eines Theils der Konservativen zu den anderen Parteien zurück, auch den Vorwurf, ein Vertreter des Kapitals zu sein, müsse er zurückweisen. Redner wendet sich darauf gegen den Abg. Wolff, der sein Interesse für die unbemittelten Volksklassen durch Beseitigung der Kornzölle bethätigen möge. Wir tragen Bedenken, einer Reform zuzustimmen, deren Ziele wir nicht kennen; Redner erkennt indeß den guten Kern des Antrages an, und empfiehlt zu dessen Herausschälung die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern (Widerspruch).

Nach einer kurzen Erklärung des Regierungsvertreters wird ein Schlußantrag angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Benda (nationalliberal), Graf v. Kanitz (kons.), Dr. Windthorst (Centrum), v. Rauchhaupt (konservativ) und Wolff (kons.) nimmt

Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.) das Schlußwort. Derselbe freut sich, daß der Herr Minister die Absicht der Regierung kundgegeben, die direkten Steuern zu reformiren, und wendet sich sodann gegen einzelne Aeußerungen der Vorredner, indem er nochmals warm für den Antrag eintritt.

Es folgen abermals persönliche Bemerkungen, worauf zur Abstimmung geschritten wird. In derselben wird die motivirte Tagesordnung gegen die Stimmen der konservativen Partei angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen und Kommissionsberichte.

Schluß gegen 4¼ Uhr.

Erdkunde, Kolonien, Reisen.

— In London sind am 9. Mai interessante Nachrichten aus Afrika eingetroffen. Von Emin Pascha lief ein Schreiben, datirt vom Oktober 1886 ein, in welchem der unerschrockene Forscher mit Vertrauen in die Zukunft spricht. Stanley langte am 29. März in Banga Mundeka am Kongostusse (auf dem halben Wege zwischen der Kongomündung und Leopoldsville) an. Er hat beschlossen, vorbehaltlich einiger Abänderungen, welche die Ereignisse am Kongo nothwendig machen dürften, die Route die Stanley Falls endgiltig zu adoptiren und sich zu bemühen, Wadelai und Emin Pascha mittelst dieser Route zu erreichen. Er wird von Leopoldsville nach Stanley Falls und von da soweit als möglich den Fluß Mbura hinauf vorstoßen. Alsdann wird er mit einer Karawane die Reise nach dem Albert Nyanzasee antreten. Dort angelangt, beabsichtigt er, ein befestigtes Lager zu bilden und eine Vorhut in Booten zu entsenden, welche Emin Pascha von der Ankunft der Expedition verständigen und ihn bitten soll, Stanley die zu seiner Verfügung stehenden zwei Dampfer zu überlassen, um die Expedition nach Wadelai zu befördern. Tippoo Tib wird in Stanley Falls zurückgelassen. Die Entfernung von den Stanley Falls bis zum Albert Nyanzasee beträgt in der Luftlinie etwa 600 Kilometer.

Halle, den 13. Mai.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.)

— Der Ornithologische Central-Verein für die Provinz Sachsen und Thüringen hielt gestern Abend in F. Kohl's Restaurant seine ordentliche diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht pro 1886/87 ist Folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederstand von 75 Mitgliedern, darunter 9 Ehrenmitglieder, hat sich nicht verändert. Es fanden im Laufe des Jahres statt 16 Versammlungen, darunter 2 außerordentliche und eine ordentliche Generalversammlung. Die in diesem Jahre abgehaltene große Geflügel-Ausstellung des Vereins enthielt viel wertvolle und seltene Objekte; aus allen Theilen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns hatten sich namhafte Geflügelzüchter betheiligt. Darüber ist s. Zt. ausführlich berichtet worden. Der Vorsitzende sagt allen Denjenigen Dank, die dem Verein ihr Wohlwollen bezeugt, so Herrn Regierungspräsidenten v. Diest-Merseburg, den städtischen Behörden, der Presse und all den Mitgliedern, die an dem glücklichen Verlauf der Ausstellung so regen Antheil genommen. Verschiedene Mitglieder haben bei der letzten Ausstellung des Vereins, auch bei auswärtigen größeren Ausstellungen für ausgestellte Objekte hervorragende Preise erhalten, was der Bericht lobend erwähnt. An den Bericht schloß sich eine Diskussion nicht an. Die Abänderung des Vereinsstatuts anlangend, wurde beschlossen, den Beitrag der ordentlichen Mitglieder von Mk. 1,50 auf 2 Mk. pro Vierteljahr in Anbetracht der bevorstehenden vermehrten Ausgaben zu erhöhen. Das Eintrittsgeld für neue Mitglieder wurde von 6 Mark auf 10 Mark erhöht. Da ein Neudruck der Statuten demnächst stattfinden muß, so empfiehlt sich eine eingehende Revision derselben. Der gestellte Antrag, zur Ausarbeitung eines neuen Statutenentwurfs eine Commission zu bestellen, wurde angenommen und in die Commission gewählt die Herren Apotheker Beeck, Kaufmann Kohlig, Bäckermeister Ohms, Kaufmann Walter, Restaurateur Kohl, Expedient König und Tischlermeister Vogler. — Eine außerordentliche Generalversammlung wird über die Aenderung und Feststellung des Statuts beschließen. — Es folgte die Rechnungslegung der Vereinskasse durch Herrn Kaufmann Kohlig. Die Einnahme und Ausgabe balancirt mit 470,06 ℳ. Der verbleibende Bestand besiffert sich auf 57,83 ℳ. Die Rechnungslegung der Ausstellungskasse soll erst später erfolgen. — Die Vereinsbibliothek besteht aus 51 Bänden Werken und 78 Bänden Zeitschriften. — Der Bericht des Inventarverwalters, Herrn Tischlermeister Vogler, brachte nicht viel Neues, es ist Alles in Ordnung befunden worden. Der Gesammtwerth des Inventars beträgt 3950 ℳ. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Zum Schlußzweck fand noch die Wahl der verschiedenen Commissionen statt.

— Auf dem am Schleifwege in Giebichenstein gelegenen Grundstücke des Maschinenfabrikanten Henkel wurden gestern beim Ausschachten daselbst zwei vollständige Menschenkelette, sowie ein Pferdekopf ausgegraben, welche aus den Befreiungskriegen herzurühren scheinen. Der Pferdekopf war von einer Bennrebe durchwachsen.

Universitäten und Hochschulen.

— Der höchste Stand der an sämmtlichen technischen Hochschulen in Deutschland Studirenden war, wie Kultusminister Dr. v. Sarwey in der württembergischen Kammer der Abgeordneten mittheilte, vor einer Reihe von Jahren 5503, während der Stand im Winter 1886—87 die Gesammtziffer von 2567 Studirenden aufweist. Es ergiebt sich hiernach für die Gesammtzahl der technischen Hochschulen Deutschlands eine Abnahme von 47 pCt.

— Zum forstlichen Staatsexamen, das am 17. d. M. in Berlin in sämmtlichen Stadien vollendet sein wird, sind diesmal 85 Forstreferendare zugelassen. In der ganzen Monarchie werden nach einer Berechnung der „Wes.-Ztg." durchschnittlich jährlich 30 bis 35 Oberförster abgängig, also eben so viel Stellen neubesetzt, so daß, wenn ein gewisser Prozentsatz, welcher von den 85 Kandidaten im Examen durchfällt, abgerechnet wird, der Zuwachs von Forstassessoren oder Kandidaten für Oberförsterstellen aus dem gegenwärtigen Examen 2 bis 2½ mal so groß sein wird, als das jährliche Bedürfniß beträgt. Nun finden aber die Prüfungen zu Forstassessoren bekanntlich zweimal im Jahre statt, so daß die jährliche Anzahl vielleicht 2 mal 85 = 170 beträgt. Wenn daher gegenwärtig die Forstbeflissenen etwa 8 Jahre auf Anstellung als Oberförster zu warten haben, so wird diese Frist für die in den folgenden Jahren Examinirten schon um 4 bis 5 Jahre verlängert, falls der Zuwachs der Forstbeflissenen in demselben Maße fortdauert. Freilich hat in den letzten Jahren eine ziemlich erhebliche Abnahme von Studirenden der Forstwissenschaften sich bemerkbar gemacht.

— Göttingen. Soweit man es bis jetzt übersehen kann, wird die Gesammtfrequenz der Georgia-Augusta in diesem Semester die Zahl 1100 erreichen. — Der Verwaltungsrath der hiesigen Wedekind'schen Preisstiftung für deutsche Geschichte hat nachstehende Preisaufgaben gestellt: Für den ersten Preis wird verlangt eine allen Anforderungen der Wissenschaft entsprechende Ausgabe der von dem Mainzer Eberhard Windeck verfaßten Denkwürdigkeiten über Leben und Zeiten Kaiser Sigismunds. Für den zweiten Preis schreibt der Verwaltungsrath eine Geschichte des Herzogthums Schwaben vom Beginn des 10. bis in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts aus. Die Arbeiten können in deutscher oder lateinischer Sprache abgefaßt sein. Jeder der Preise beträgt 3300 ℳ. Für den dritten Preis wird keine bestimmte Aufgabe ausgeschrieben, sondern die Wahl des Stoffes bleibt den Bewerbern nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen überlassen. Vorzugsweise verlangt der Stifter für denselben ein deutsch geschriebenes Geschichtsbuch, für welches sorgfältige und geprüfte Zusammenstellung der Thatsachen zur ersten und Kunst der Darstellung zur zweiten Hauptbedingung gemacht wird. Es ist aber damit nicht nur eine gut geschriebene historische Abhandlung, sondern ein umfassendes historisches Werk gemeint. Special-Landesgeschichten sind nicht ausgeschlossen, doch werden vorzugsweise nur diejenigen der größeren (15) deutschen Staaten berücksichtigt. Der dritte Preis beträgt ebenfalls 3300 ℳ. Er darf aber auch getheilt an mehrere gleich zu vergeben werden. Alle Bewerbungsschriften müssen vor dem 14. März 1895 dem Director der Wedekind'schen Preisstiftung hierselbst zugesandt werden.

— Wien. Bei wiederholten Demonstrationen von Universitätshörern vor der Wohnung des Professors Maaßen wurden 5 Studenten verhaftet. Es unterblieben sämmtliche juristische Vorlesungen. — Eine Studentendeputation begab sich zum Rektor der Universität und theilte demselben mit, daß die Studentenschaft fest entschlossen sei, die Ordnung in der Universität selbst aufrechtzuerhalten und alle Demonstrationen zu vermeiden.

Von anderer Seite wird über die neuesten Vorfälle berichtet: Die Demonstrationen der Juristen hiesiger Universität verpflanzten sich gestern Abend auf die Straße. Vor der Wohnung Maaßen's rotteten sich etwa 400 Studenten zusammen und riefen Vereat, wobei die Polizei fünf Studenten verhaftete. Der Unterrichtsminister erhielt kaiserliche Vollmacht, die juridische Fakultät eventuell zu sperren, was das Rektorat am schwarzen Brett kundmacht. Heute sind die Vorlesungen in der juridischen Fakultät ausgefallen, sowie die Zugänge zu den Hörsälen gesperrt. Maaßen suspendirt seine Vorlesungen für einige Tage. Sollte morgen, wo wieder Abperrungsmaßregeln stattfinden, noch keine Ruhe eintreten, so wird ein summarisches Verfahren Platz greifen und jeder von Universitätsdienern festgenommene Student sofort relegirt werden. Sollten aber am Sonnabend die Ruhestörungen Wiederholung erfahren, so erfolgt der Bruch des Privilegiums der Universität und die Polizei übernimmt den Sicherheitsdienst in deren inneren Räumen. Dauert die Bewegung trotz der polizeilichen Intervention fort, so erfolgt unmittelbar die Schließung der juridischen Fakultät für die Dauer dieses Semesters. Indem Gautsch den akademischen Behörden diese Direktive gab, erklärte er, von diesem Entschluß nicht abzugehen. Alle hiesigen Blätter beschwichtigten die Studenten in ernsten Leitartikeln.

— Konstantinopel. Während des letzten Bairamfestes überfielen fünf Hörer (Softas) der dortigen Medresseh (mohammedanisch-theologisches Seminar) Schezadeh-Batschi ihren Professor Ali Efendi, der sie bei einer Prüfung geworfen hatte, in seinem Studirzimmer und erstachen ihn und seinen Diener, der seinem Gebieter zu Hilfe geeilt war. Dieser Tage standen die fünf Angeklagten vor dem Criminalgerichte und wurden die drei Hauptschuldigen, Achmed und Mehemed Tschausch und Omar Mehadar zum Tode durch den Strang und der vierte, Ali Yara, zu zehnjähriger Festungshaft verurtheilt, der fünfte, Naaman, wurde freigesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870514 1-14/fragment/page=0002

Todesfälle und Nekrologe.

— Der bekannte Chemiker **Boussingault** zu Paris ist gestorben. Die Chemie in ihrer Anwendung auf Ackerbau und Viehzucht verdankt dem Verstorbenen wichtige Entdeckungen, die in einer Reihe von hochgeschätzten Werken niedergelegt sind.

— Der **Vize-Admiral Graf von Monts** und dessen Gemahlin geb. von Ingersleben, machen die Anzeige, daß am 9. d. ihr zweiter Sohn Eberhard, Portepeefähnrich im Oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91, zu Anklam nach kurzem Krankenlager an der Brustfellentzündung im Alter von 21 Jahren und 3 Monaten gestorben ist.

— Der französische Architekt **Victor Ruprich-Robert**, Generalinspektor der geschichtlichen Denkmäler Frankreichs, ist im Alter von 67 Jahren in Cannes gestorben. Von ihm stammen insbesondere die Entwürfe einer Anzahl französischer Kirchen. Während der letzten Jahre leitete er die Erneuerungsarbeiten an der Kathedrale zu Reims.

Handwerker- und Arbeiterfrage.

— Vor einiger Zeit hatten wir mitgetheilt, daß sich in der **deutschen Arbeiterbewegung** insofern ein eigenthümlicher Vorgang abspiele, als die in Folge eines Strikes brodlos gewordenen **Hamburger Bäckergesellen** mit Unterstützung von Hamburger und Altonaer Arbeitern sich anschickten, eine **große korporative Bäckerei** ins Leben zu rufen. Der Plan ist jetzt insofern der Verwirklichung ganz nahe gerückt, als, wie man uns schreibt, ein Komitee die Eintragung der Bäckerei in das Hamburger Firmenregister bereits besorgt hat. Ueber 5000 Arbeiter haben schon Antheilscheine gezeichnet und Geldbeiträge abgeführt. Die Sammlungen sollen jedoch fortgesetzt werden, da man die Absicht hat, die Bäckerei in großartigstem Maßstabe zu errichten; sie soll mit Dampf betrieben werden und Schwarz- und Weißbrod herstellen. Wenn dieser Plan der Hamburger Arbeiter, an dessen Verwirklichung nicht mehr zu zweifeln ist, von Erfolg gekrönt sein sollte, so wird er unzweifelhaft in die Strikebewegungen ein neues Element einfügen. Die Arbeiter werden versuchen, durch Errichtung von Konkurrenzunternehmungen ihren Arbeitgebern die Spitze zu bieten. Freilich ist es klar, daß die Aufbringung der erforderlichen Kapitalien nur in seltenen Fällen möglich sein wird — ganz abgesehen von der Frage, wie lange die für den Fortbestand eines solchen genossenschaftlichen Unternehmens nothwendige Einigkeit der Betheiligten vorhalten würde.

— Indem wir auf den Reichstagsbericht verweisen, wollen wir doch auch an dieser Stelle den **Standpunkt des Bundesrathes in der „Innungspropaganda"** kurz berühren. Bundesraths-Bevollmächtigter Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann trat sowohl Herrn Metzner, als Herrn Baumbach in längerer Ausführung entgegen, und erklärte, daß sich die verbündeten Regierungen weder auf den völlig ablehnenden Standpunkt des deutschen Freisinns, noch auf den Boden der hochgespannten Forderungen des Herrn Metzner und seiner Freunde stellen würden. **Die verbündeten Regierungen würden niemals so weit gehen, allein um den Wünschen der Innungsproganda zu entsprechen, ohne Rücksicht auf die Verhaltnisse der Großindustrie** und ohne Inbetrachtnahme der vorliegenden Verhältnisse und der Resultate der seitherigen Entwickelung des Wirthschaftslebens Eingriffe in bestehende Zustände zu machen, den Handel mit gewissen Produkten zu verbieten 2c. Aber die verbündeten Regierungen würden die weitere Bewegung im Handwerk aufmerksam verfolgen und nothwendigen Bedürfnissen zu entsprechen gewiß nicht versäumen.

— Der „**Allgemeine Handwerkertag**" hält seine diesjährige (5.) Versammlung in Gemeinschaft mit dem 5. Delegirtentag des bayerischen Handwerkerbundes am 23., 24. und 25. Juni in **Passau** ab.

Aus aller Welt.

— **Der „höchste" Tenor.** Wie man aus Petersburg schreibt, erzählt man sich in den dortigen Kreisen der oberen zehntausend Wunderdinge von einem prachtvollen hohen C, das der Czarewitsch in der Kehle trägt. Der russische Thronfolger hat seine Stimme schon seit längerer Zeit entdeckt; er mußte indeß auf den Rath der Aerzte eine Weile mit dem Singen pausiren, bis seine Constitution kräftiger geworden. Vor Kurzem wurden die musikalischen Uebungen wieder aufgenommen, und als der junge Prinz in der ersten Lection seine Stimme so frisch wie früher wieder fand, war er so erfreut, daß ihm die Meister sagten, er könnte sich kaum mehr darüber freuen, wenn er Sänger von Beruf wäre und als solcher nach längerer Pause sein C im alten Glanze herausgeschmettert hätte. Der Czarewitsch pflegt auch scherzend die Chancen zu erwägen, wie es ihm auf der Bühne ergangen wäre, und meint im Hinblick auf seine zarte Gestalt, er hätte sich wohl dem lyrischen Fache zuwenden müssen, für Heldenrollen tauge seine schmächtige Gestalt nicht

— **Vom Dynamit zerrissen.** Ein entsetzlicher Selbstmord wird aus Galoppe in den Niederlanden gemeldet. Ein Mann Namens Gernstein, verheirathet und Vater von fünf Kindern, der in einer Dynamitfabrik beschäftigt war, machte seinem Leben auf folgende Weise ein Ende: Er legte sich eine Dynamitpatrone auf seinen Bauch und zündete sie an. Die Folgen waren gräßlich. Der Unterleib wurde vollständig zerfetzt, eine Hand wurge abgerissen und auf eine weite Strecke fortgeschleudert, ein Auge war herausgesprungen und der Körper in zahllose Theile zersprengt. Gernstein hatte seinem Leben ein Ende gemacht, weil der Direktor ihm eine Zulage von zwanzig Mark verweigert hatte.

— **Die Hagelschläge** der vorigen Woche sind am letzten Mittwoch auch über Warschau und Umgebung hingezogen und haben große Verwüstungen angerichtet. In Warschau fielen Schloßen in der Schwere bis zu 35 Gramm und von 4—5 Zentimeter Durchmesser. Gleich zu Beginn der Hagelentladung traf ein Stück an der Uhr des Warschau-Wiener Bahnhofes den einen Zeiger, schlug das Zifferblatt durch und riß den Zeiger mit in das entstehende Loch hinein; der Stillstand der Uhr markirte so die vierte Stunde, bei welcher das Hagelwetter eingetreten war. Sieben Personen wurden ernstlich, davon drei lebensgefährlich verwundet; der Schaden an zertrümmertem Glase wird auf mehrere hunderttausend Rubel berechnet, und das war Alles das Werk von sieben Minuten.

— **Ueber die jüngsten Erdbeben in Nordamerika** liegen weitere Nachrichten vor, die bis zum 10. d. M. reichen. Danach haben die Erdstöße vom 3. d. Mts. große Verheerungen besonders in den nordöstlichen Bezirken von Sonora angerichtet. Mehrere Dörfer wurden zerstört und es ereigneten sich zahlreiche Unfälle mit tödtlichem Ausgange. Ein heftiger Erdstoß ereignete sich am 9. gegen Mittag in Nogales, und seit dem 3. wurden Stöße täglich in Tucson verspürt. Fast jeder hohe Berg in Arizona soll eine mehr oder weniger erhebliche Veränderung erlitten haben. Bavispe im Distrikt Montezuma (Sonora) wurde mit 150 seiner Einwohner vernichtet. Bei Delicia in Mexiko stürzte ein oberhalb der Grube Santa Elena befindlicher Hügel ein und bedeckte mit seinen Trümmern die an seinem Fuße befindlichen Leute. Ein Reisender, welcher Tucson besucht hat, berichtet, daß eine 25 Meilen lange Erdspalte sich von der Nähe Bensons bis 15 Meilen unterhalb Tres Alamo hinzieht. Die Spalte ist 6—18 Zoll breit.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Abdruck unserer Original-Korrespondenzen ist nur mit Quellenangabe gestattet.

☐ **Leipzig**, 11. Mai. (**Neues Theater in Sicht! Heiteres.**) Als Herr Director Stägemann das Karolatheater pachtete, wollte er sich damit die Konkurrenz vom Halse schaffen, hat sich aber dabei gründlich verspekulirt, denn die Begründung eines neuen Musentempels, welcher mit großen Mitteln ausgestattet werden soll, ist heute, wie ich aus bester Quelle höre, beschlossene Sache. Ein Consortium von kunstsinnigen Großkapitalisten hat sich bereits gebildet, um das Project zur Ausführung zu bringen und so den terroristischen Absichten des Leiters unserer städtischen Bühnen wirksam zu begegnen. Das neue Theater soll im großen Stil erbaut und **Sommer- und Wintertheater** zugleich sein. In erster Linie wird die Operette und daneben die Spieloper das Repertoire der neuen Bühne beherrschen, doch soll auch dem Schau- und Lustspiel Gerechtigkeit wiederfahren. Ferner ist die Aufführung von **Ausstattungsstücken im großen Umfange** geplant. Ueber den Platz, wohin das neue Theater kommen soll, ist ein positiver Beschluß noch nicht gefaßt worden; vorerst ist man mit der Gesellschaft des **Krystallpalast** in Unterhandlungen getreten. Wahrscheinlich wird auf dem Grundstück dieses Etablissements unter Zuhilfenahme eines daneben liegenden offenen Gartenkomplexes der Bau errichtet werden. Die Direction wird ohne Zweifel Herr Schönerstädt übernehmen, welcher sich während seiner kurzen Thätigkeit an der Karolabühne so vorzüglich bewährt hat. Ja, man spricht sogar davon, daß das ganze Project von ihm ausgehe. — In nächster Zeit wird übrigens auch der **Entschädigungsprozeß des Herrn Schönerstädt** gegen den Eigenthümer des Karolatheater, Herrn von Strantz, zur Entscheidung gelangen. — Ein ergötzliches Versehen ist dem hiesigen „**Tageblatt**" in seiner Dienstagsnummer passirt. Es referirt über den Einacter „Papa hat's erlaubt", **der gar nicht aufgeführt**, sondern an dem betreffenden Abende ausgefallen ist.

† Vorgestern fand im „**Krystall-Palast**" in **Leipzig** eine Versammlung der **Internationalen Artisten-Genossenschaft** statt, zu welcher 58 Artisten vom Cirkus Renz, des Krystall Palastes, der Centralhalle, sowie aller dortigen Variété-Bühnen erschienen waren. Ferner war anwesend eine Deputation der Sektion Amsterdam genannter Genossenschaft, welche im Namen der dortigen Genossen die Versammlung freundlichst begrüßte. Zu der großen Matinée, welche kommenden Sonntag, den 15. Mai, in der „Centralhalle" zu Gunsten der Unterstützungszwecken dienenden Kasse der Internationalen Artisten-Genossenschaft stattfindet, haben sämmtliche gegenwärtig in Leipzig weilende Artisten ihre Mitwirkung zugesagt. Gegenwärtig besteht die Internationale Artisten-Genossenschaft aus 550 Mitgliedern und weist ein Baarvermögen von 7000 ℳ auf.

Gerichtszeitung.

Ꝝ **Nordhausen**, 11. Mai. Im Schwurgerichtssaale des hiesigen Königl. Landgerichts fand heute vor der Strafkammer die Verhandlung statt gegen den sozialdemokratischen Agitator Friedrich **Michelsen**, früher Buchbinder, jetzt Cigarrenhändler. Michelsen hat sich, nachdem er in Berlin und Aschersleben ausgewiesen, seit 15. November 1886 hier in Nordhausen niedergelassen, seine Frau betreibt hier ein offenes Cigarrengeschäft. Am 22. Januar hielt Michelsen, der sich einer vorzüglichen Rednergabe erfreut, im Schützenhaussaale hier einen aufreizenden Vortrag gegen die Staatsregierung und gegen die besitzenden Klassen. An seinem Geburtstage, den 2. April, wurde ihm nun von dem Polizeisergeanten Schmidt ein Schreiben folgenden Inhalts zugestellt:

„Der Herr Regierungs-Präsident zu Erfurt hat unter dem 29. März cr. auf Grund des § 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Juli 1842 beschlossen, Sie von dem Aufenthalt in dem Stadtkreise Nordhausen auszuschließen, da Sie durch Erkenntniß des Königlichen Landgerichts zu Berlin vom 25. Juli 1885 wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuchs bestraft sind und sich hiernach als eine für die öffentliche Sicherheit gefährliche Person darstellen. Auf Grund dieses Beschlusses geben wir Ihnen auf, den hiesigen Stadtkreis binnen einer Woche, vom Empfang dieser Verfügung ab gerechnet, zur Vermeidung einer Strafe von 60 Mark oder 8 Tagen Haft zu verlassen und verbieten Ihnen zur Vermeidung einer gleichen Strafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung die Rückkehr in den hiesigen Stadtkreis.

Nordhausen, 1. April 1887.

Polizei-Verwaltung
(gez.) Hahn.

An den früheren Buchbinder jetzigen Cigarrenhändler
Herrn Friedrich Michelsen
hier.

Diese Verfügung wurde von Michelsen im Schaufenster seines Ladens ausgehängt, zur Staffage diente ein Gruppenbild der früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und die Ueberschrift: „Trotz alledem!" Es sammelte sich vor dem Schaufenster eine zahlreiche Volksmenge, zumal am Abend, wo das Schaufenster hell erleuchtet wurde. Und das wiederholte sich am 3. April. Die Polizeisergeanten Reuter und Hamann überbrachten daher am Abend des 3. April dem Michelsen eine andere Polizeiverfügung, in welcher ihm aufgegeben wurde, die Ausweisungsverfügung aus dem Schaufenster zu entfernen. Hatte Michelsen schon dem Herrn Schmidt gegenüber am Tage vorher die Aeußerung gethan: „Ich bin ausgewiesen; aber sagen Sie Ihrer Behörde, daß ich nicht wegziehe; ich werde mich mit bewaffneter Hand schützen und bedauere die Beamten, die mich fortbringen sollen. Ich kaufe mir noch heute einen Revolver!" so wurde er den Herren Reuter und Hamann gegenüber weit deutlicher. Er zerriß die neue Verfügung unter Drohungen und Beleidigungen. Am anderen Morgen, den 4. April, rückte nun im Auftrage des Herrn Bürgermeisters Kießling der Herr Polizeiwachtmeister Nagel mit mehreren Polizeibeamten nach dem Michel'schen Geschäft und veranlaßte die sofortige amtliche Entfernung der Verfügung, welchen Auftrag der Flurhüter Heßler ausführte. Die Beamten waren bei dieser Gelegenheit theils mit Revolvern bewaffnet. — Michelsen erging sich auch hierbei in bedrohlichen und beleidigenden Aeußerungen, er setzte diese sodann auf dem Rathhause, wohin er sich begab, im Zimmer des Herrn Polizeisekretär Hirt fort. Er wurde darauf verhaftet und stand nun heute unter der Anklage der Bedrohung mit Mord, der Nöthigung, der Beamten-Beleidigung, der Verübung groben Unfugs u. s. w. (Vergehen gegen die §§ 114, 185, 43, 241, 360 Nr. 11 des Reichsstrafgesetzbuchs). Von den geladenen Zeugen fehlte der durch eine Reise verhinderte Herr Polizeisekretär Hirt, der Angeklagte verzichtete nur bedingungsweise auf dessen Vernehmung. Den Gerichtshof bildeten die Herren Landgerichtsdirektor Kramer, Landgerichtsräthe Nußbaum, Schnee, Schneidewind und Gerichtsassessor Dupius; die königl. Staatsanwaltschaft wurde durch den Herrn Ersten Staatsanwalt v. Wille vertreten. Der Angeklagte vertheidigte sich selbst und zwar mit sehr großem Geschick. Er bestritt insbesondere auf Grund des Gesetzes von 1842 über die Aufnahme neu anziehender Personen die Rechtsgültigkeit der ergangenen Ausweisungsverfügung, da sie den Bestimmungen der §§ 1 u. 2 dieses Gesetzes zuwiderlaufe. Der Angeklagte erblickte in dem gegen ihn angewendeten Verfahren das Bestreben der Behörden, seine Existenz zu gefährden. Er habe deshalb so vorgehen müssen, wie er gethan. Der Herr Gerichtsvorsitzende belehrte ihn, daß er das Recht gehabt habe, Beschwerde zu führen, nicht aber zur Vornahme solcher Handlungen, die ihn mit dem Strafgesetz in Conflikt hätten bringen müssen. Michelsen erging sich auch in ungerechtfertigten Ausdrücken. Zur Vernehmung kam auch die Ehefrau des Angeklagten, dieselbe wurde indeß nicht vereidet, obwohl sie sich bereit erklärte zu schwören mit den Worten: „Es kommt mir nich' druf an!" Bei der Vernehmung des Herrn Polizeiinspektors Heyne stellte Angeklagter das Ansinnen, von dem Zeugen zu erfahren, ob die Polizeibehörde hier den Beschluß gefaßt gehabt habe, bei dem Herrn Regierungspräsidenten seine, Michelsen's, Ausweisung zu beantragen. Herr Erster Staatsanwalt v. Wille erklärte, daß zu dieser Fragestellung keine Veranlassung gegeben sei, da die Anklage damit nicht in Zusammenhang stehe. Der Angeklagte behauptet, von der Polizeiverwaltung provocirt worden zu sein. Nunmehr erklärte der Herr Staatsanwalt, daß jetzt die Vernehmung des Herrn Polizeisekretär Hirt noch erforderlich werde, weshalb er die Vertagung der Verhandlung beantrage. Der Angeklagte erklärte sich damit einverstanden, bat aber um Haftentlassung, da er seine wirthschaftlichen Verhältnisse besorgen und Schritte unternehmen wolle zur möglichen Beseitigung des Ausweisungsdekrets. Die Ausweisungsmaßregel sei so außergewöhnlich, daß er, um die Unbegründetheit zu beweisen, viel Aktenmaterial beschaffen müsse. Der Gerichtshof beschloß die Vertagung und verfügte gleichzeitig die Entlassung Michelsen's, da ein Fluchtverdacht nicht begründet sei.

Ꝝ **Nordhausen**, 12. Mai. Ein ungemein **raffinirter Schwindler** ist gestern von der hiesigen Strafkammer wegen zahlreich verübter Betrugsaffairen zu **9 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust** verurtheilt worden. Im harmlosen Gewand eines Dienstknechts wanderte der am 12. Mai 1860 zu Rawicz in der Provinz Posen geborene und daselbst heimathsberechtigte Gustav **Bluschke** mit seinen zwei gleichgesinnten Brüdern im Lande umher, überall mit selbstgefälschten Legitimationspapieren, welche falsche Siegel und Beamten-Unterschriften trugen, paradirend, Behörden und Publikum täuschend. Das lüderliche Kleeblatt trennte sich auch zuweilen, und so kam es, daß Gustav Bluschke in die thüringische Gegend verschlagen wurde, nachdem er in Staedten bei Glogau bei dem Gutsbesitzer Ernst Hain eine Vorstellung als Dienstknecht gegeben, mit dem erhaltenen Trinkgelde in Höhe von 3 Mark aber Stall und Hof schleunigst verlassen hatte. Sein Vorleben zeichnet ihn übrigens nicht gerade lobenswerth aus, denn außer einigen anderen Vorstrafen wurde Bluschke im Jahre 1884 wegen Diebstahls mit 1 Jahr Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust bestraft, am 10. November 1886 zu Leipzig wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs sogar zu **5 Jahren Zuchthaus**, 500 Mk. Geldstrafe event. noch 50 Tagen Zuchthaus, 2 Monaten Haft und 6 Jahren Ehrverlust. Nachdem der Pseudo-Dienstknecht verurtheilt war, stellte sich heraus, daß er auch in der Provinz Sachsen gastirt hatte. So hatte er im März 1886 bei dem Rittergutsbesitzer Herrn Zangemeister in Rebungen sich als Knecht vermiethet und 3 Mk. Trinkgeld oder Miethsgeld in Empfang genommen, hatte dabei selbst gefälschte und mit gefälschten behördlichen Siegeln und Unterschriften versehene Papiere und „das blaue Dienstbuch" vorgezeigt, war aber, ohne den Dienst anzutreten, und nachdem er den Schäfern König und Rausch Taschenuhr, Mantel, Gehrock, Gamaschen u. s. w. im Werthe von 70 bis 80 Mk. heimlich entwendet, davon gegangen und über Bernterode nach Kirchworbis gepilgert, in welch letzterem Orte Bluschke bei dem Oeconomen Carl Schwerdt dasselbe Manöver machte. Wir begegnen ihm weiter in Markwerben, Burgwerben und Herrnstedt bei Weißenfels. Ueberall hat er, meist unter Anwendung großer Verschlagenheit, gediebt, unterschlagen, Bücher und Papiere gefälscht, betrogen. Es waren zu der gestrigen Verhandlung 11 Zeugen, theils aus entfernten Provinzen (Posen, Schlesien) anwesend. Den Angeklagten Bluschke traf einschließlich der im Eingange erwähnten noch nicht verbüßten Leipziger Strafe eine **Zuchthausstrafe von 9 Jahren** nebst 10 Jahren Ehrverlust. — Ein anderer Schwindler, der 12 Mal vorbestrafte Uhrmacher Gustav **Kindermann** aus Woldeck (Mecklenburg-Strelitz), der 9 Jahr 9 Monate Zuchthaus und 2 Jahr 3 Monate Gefängniß seit 1871 wegen Urkundenfälschung, Betrugs, Unterschlagung und Diebstahls verbüßt hat (die letzte, am 20. April d. J. erkannte 2¼jährige Gefängnißstrafe verbüßt er zur Zeit noch), hat sich diesmal durchgewunden, er wurde von der Anklage des Betrugs in idealer Concurrenz mit Unterschlagung freigesprochen. — Den mehrfach bestraften Arbeiter Gustav Bestieg aus Sangerhausen, der diesmal einen Kinderschlitten entwendet, trafen 4 Monate Gefängniß und 2 Jahr Ehrverlust, die Dienstmagd Marie Meinecke aus Oberröblingen, die aus einem verschlossenen Pulte 48 Mk. gestohlen, 4 Monate Gefängniß.

Handel, Industrie und Finanzen.

— **Reichsbank.** Der Zinssatz zum Ankauf von Wechseln am offenen Markte ist von 2½ % auf 2⅛ % ermäßigt worden.

— Die Frankfurter Generalversammlung der **deutschen Handelsgesellschaft** genehmigte mit 3482 gegen 97 Stimmen die Anträge der Vertrauensmänner, womit der Aufsichtsrath sich einverstanden erklärte. Danach übernimmt der Aufsichtsrath die Masse zu 75 % in verzinslichen Raten vom 1. Juli 1887 bis zum 1. Juli 1889 mit Einschluß der bereits geleisteten Abschlagszahlung unter der Garantie von Cohn-Speier, Flinsch, Graubner, Kloß, Dr. Kerner und wird einen etwaigen Mehrerlös zur Vertheilung bringen.

— **Rheinisch-Westfälische Walzeisen-Industrie.** Den in letzter Zeit verbreiteten Nachrichten gegenüber, daß bei der definitiven Konstituirung der Konvention Schwierigkeiten hervorgetreten wären, welche dieselbe überhaupt in Frage stellten, versichert die „R. W. Z.", daß die Arbeiten zur festen, dauernden Organisation der Konvention bereits sehr weit fortgeschritten sind und vielleicht schon in ganz kurzer Zeit zum definitiven Abschluß führen werden.

Telegraphische Depeschen.

p **Berlin,** 12. Mai. (Privattelegramm der „Hall. Ztg.") Der Kaiser reist am 2. oder 3. Juni nach Kiel ab; die Feier daselbst findet am 3. statt. Der Kaiser wohnt am 7. Juni der siebzigjährigen Jubelfeier als Chef des Königs-Regiments zu Liegnitz bei.

Berlin, 12. Mai. Die Post von dem am 1. April von Sydney abgegangenen Reichs-Postdampfer „Hohenstaufen" trifft am 13. früh in München ein und gelangt für Berlin am 14. früh zur Ausgabe.

München, 12. Mai. Der bisherige Nuntius **di Pietro** ist heute nach Rom abgereist.

München, 12. Mai. Eine erschütternde Nachricht, die vom Starnberger See kommt, macht in der Stadt trauriges Aufsehen. Zwei Mädchen aus adeligem Hause, Schwestern, 18 und 20 Jahre alt, haben sich gestern angesichts von Schloß Berg, an derselben Stelle, an welcher König Ludwig den Tod gefunden hat, in den Starnberger See gestürzt. Man fand ihre Leichen — sie hielten sich im Tode noch fest umschlungen. Ueber die Motive der traurigen That zirkuliren die haltlosesten Gerüchte.

Darmstadt, 12. Mai. Fürst Alexander von Bulgarien führte bei der heutigen Parade dem Großherzog das 2. hessische Dragoner-Regiment vor.

Wien, 12. Mai. Eine offenbar inspirirte Berliner Zuschrift an das „Fremdenblatt" constatirt mit Beziehung auf die Aeußerungen der „Nordd. Allg. Ztg." über die **Stellung Deutschlands zur österreichischen Occupation Bosniens**, daß dermalen das Friedensbündniß der beiden Kaisermächte die von Oesterreich occupirten Provinzen ebenso schütze, wie jeden Theil der österreichisch-ungarischen Monarchie; hierüber bestanden an Berliner leitender Stelle niemals Zweifel. — Man versichert, diese Mittheilung sei der Reflex identischer Aufklärungen, welche der **deutsche Botschafter Prinz Reuß** hier dem Grafen **Kalnoky** gegeben und Graf **Szechenyi**, der österreichische Botschafter in Berlin, empfangen habe. Der Eindruck der Mittheilungen des „Fremdenblattes" in der Presse und allen politischen Kreisen ist der günstigste.

Petersburg, 12. Mai. Bei dem in Moskau gefeierten Jubiläum des Volksdichters **Slawjanski** traf ein Glückwunsch-Telegramm des französischen Kriegsministers

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188705141-14/fragment/page=0003
DFG

Boulanger ein. Dasselbe wurde von der Estrade verlesen und rief großen Enthusiasmns hervor. Im Saale wurden die Rufe laut: „Beantworten!“ Die alsbald aufgesetzte Antwort, in welcher der Enthusiasmus der Versammlung erwähnt war, wurde gleichfalls verlesen. Gleichen Enthusiasmus entzündete ein Telegramm Pasteurs an Slawjanski, das mit den Worten schloß: „Vivent Reussi et France unies!“

Belgrad, 12. Mai. Die Königin ist mit dem Kronprinzen heute früh mittels Separatdampfers nach Turn Severin abgereist und wird von dort die Reise per Bahn fortsetzen.

New=York, 12. Mai. Prinz Friedrich Leopold besuchte heute in Begleitung des deutschen Gesandten v. Alvensleben West-Point.

Waaren= und Produktenberichte.

Getreide.

Berlin, 12. Mai. Weizen per 1000 Kilogr. loco still, Termine niedriger, gekündigt 800 Tonnen, Kündigungspreis 183,5 Mk. bez., Loco 163—185 Mk. nach Qualität bz., gelbe Lieferungsqualität 182 Mk. bz., gelber märkischer — Mk. ab Bahn bz., per diesen Monat 184 Mk. bz., per Mai-Juni und per Juni-Juli 183,5—183 Mk. bz., per Juli-August 173,5—172,75 Mk. bz., per August-September — Mk. bz., per September-Oktober 171,75—171—171,25 Mk. bz., per Oktober-November — Mk. bez. — Weizen (neuer Usance mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. loco still, Termine —, gekündigt 100 Tonnen, Kündigungspreis 183,5 Mk. bz., Loco 163—185 Mk. nach Qualität bz., Lieferungsqualität 182 Mk. bz., per diesen Monat — Mk., per Mai-Juni — Mk. bz., per Juni-Juli — Mk. bz., per Juli-August — Mk. bz., per November-Dezember — Mk. bz. — Roggen per 1000 Kilogr. loco still, Termine niedriger, gekündigt 250 Tonnen, Kündigungspreis 127,5 Mk. bz., Loco 124—128 Mk. nach Qualität bz., Lieferungsqualität 126 Mk. bez., inländischer — Mk. bz., mittel — Mk. bz., feiner 126 Mk. ab Bahn bz., per diesen Monat und per Mai-Juni 127,25 Mk. bz., per Juni-Juli 127,5—128—127,5 Mk. bz., per Juli-August 128,75 128,25 Mk. bz., per August-September — Mk. bz., per September-Oktober 132—131,25 Mk. bz., per Oktober-November — Mk. bz. — Gerste per 1000 Kilogr. flau, große und kleine 106—190 Mk. nach Qualität bz. — Hafer per 1000 Kilogr. loco still, Termine niedriger, gekündigt — Tonnen, Kündigungspreis — Mk. bz., loco 95 bis 133 Mk. nach Qualität bz., Lieferungsqualität 97 Mk. bz., pommerscher mittel, guter 111—119 Mk. bz., feiner 120—127 Mk. ab Bahn bz., schlesischer mittel, guter, feiner — Mk. bz., preußischer — Mk. bz., guter — Mk. bz., feiner — Mk. bz., russischer — Mk. bz., per diesen Monat — Mk. bz., per Mai-Juni — Mk. bz., per Juni-Juli 99—98,5 Mk. bz., per Juli-August 101—100,5 Mk. bz., per September-Oktober 105,25—104,5 Mk. bz., per Oktober-November — Mk. bz.

Magdeburg, 12. Mai. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 170—176 Mk., Weißweizen — Mk., glatter engl. Weizen 166—174 Mk., Rauhweizen 160 bis 170 Mk., Roggen 125—130 Mk., Chevaliergerste 145—160 Mk., Landgerste 136—144 Mk., Hafer 112—122 Mk. für 1000 Kilogr.

* **Breslau**, 12. Mai. Weizen —. Roggen per Mai-Juni 130,00, per Juni-Juli 130,00, per September-Oktober 135,00.

* **Stettin**, 12. Mai. Weizen ruhig, loco 174,00—177,00, per Mai 178,00, per Juni-Juli 178,00. — Roggen unverändert, loco 118,00—124,00, per Mai 124,00, per Juni-Juli 125,50.

* **Köln**, 12. Mai. Weizen loco hiesiger 17,75, fremder 18,75, per Mai 18,50, per Juli 18,70, per November 18,30. — Roggen loco hiesiger 14,50, per Mai —, per Juli 13,20, per November 13,90. — Hafer loco 11,75.

* **Hamburg**, 12. Mai. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 172,00 bis 176,00. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 130,00 bis 136,00, russischer loco ruhig, 98,00 bis 101,00. Hafer und Gerste still.

* **Wien**, 12. Mai. Weizen per Frühjahr 9,80 Gd. 9,90 Br., per Mai-Juni 9,42 Gd., 9,47 Br., per Herbst 8,53 Gd., 8,58 Br. Roggen per Frühjahr 6,77 Gd., 6,82 Br., per Mai-Juni 6,77 Gd., 6,82 Br., per Herbst 6,67 Gd., 6,72 Br. — Hafer per Frühjahr 6,35 Gd., 6,40 Br., per Mai-Juni 6,32 Gd., 6,37 Br.

* **Pest**, 12. Mai, Vorm. Weizen loco behauptet, per Herbst 8,19 Gd., 8,20 Br. — Hafer per Herbst 6,06 Gd., 6,08 Br.

* **Paris**, 12. Mai, Nachm. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Mai 26,75, per Juni 27,10, per Juli-August 27,25, per September-Dezember 25,60. — Roggen ruhig, per Mai 17,00, per September-Dezember 15,40.

* **Paris**, 12. Mai, Abends. Weizen ruhig, per Mai 26,75, per Juni 27,00, per Juli-August 27,00, per September-Dezember 25,60.

* **Amsterdam**, 12. Mai. Weizen per Mai —, per November 226. — Roggen per Mai 120—121, per Oktober 123—122.

* **Antwerpen**, 12. Mai. (Schlußbericht.) Weizen fest. — Roggen behauptet. — Hafer ruhig. — Gerste unbelebt.

* **London**, 12. Mai. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen.

* **New-York**, 11. Mai. Rother Winterweizen loco — D. 97¼ C., per Mai 96⅛ C., per Juni — D. 96⅛ C., per September — D. 93⅝ C.

Zucker.

Magdeburger Börse vom 12. Mai.

	11. Mai.	12. Mai.
Granulated	—	—
Kristallzucker I.	—	—
Kristallzucker II.	—	—
Kornzucker 96 %	21.50—21.80 M.	21.50—21.75 M.
Kornz. Rend. 88%	20.20—20.60 M.	20.20—20.50 M.
do. Rend. 75°	16.00—17.60 M.	16.00—17.50 M.

Tendenz am 12. Mai: Ruhig.

	11. Mai.	12. Mai.
ff. Brodraffinade	27.00 M.	27.00 M.
f. Brodraffinade	26.50 M.	26.50 M.
Gem. Raffinade	26.00—26.50 M.	26.00—26.50 M.
Gem. Melis I.	25.50—25.75 M.	25.50—25.75 M.

Tendenz am 12. Mai: Ruhig.

Rohzucker I. Produkt:
Transito f. a. B. Hamburg.
Mai 11,85—11.90—11.92½ bez. u. G. 11.95 Br.
Juni 12.00—12.02½ bez. u. Br., —.— G.,
Juni-Juli —.— bez. —.— Br., —.— G.
Juli 12.05—12,10 bez. 12.05 G., 12.07½ Br.
Juli-August —.— bez., —.— G., 12.15 Br.
August 12.15 bez. u. G., —.— Br.
Okt.-Dez. 11.65 bez., —.— G., —.— Br.
Tendenz: Fest.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Paris**, 12. Mai. (Telegr.) Rohzucker 88° ruhig, loco 28,50 Frcs. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 pr. Mai 32.75 pr. Juni 32.80, per Juli-Aug. 33.25, per Oktober-Januar 33.00.

* **London**, 12. Mai. (Telegr.) 96% Javazucker 13⅝ sh. ruhig, Rübenrohzucker 11⅞, fest, Centrifugal Cuba —.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 4 7/16.

Kaffee.

* **Hamburg**, 12. Mai. Kaffee lebhaft. Umsatz 17,500 Sack.

* **Havre**, 12. Mai. Vorm. 8 Uhr 30 Min. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New-York schließt mit 50 Points Hausse. Rio 6000 B., Santos 12,000 B. Recettes für gestern.

* **Havre**, 12. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Juni —.—, per Juli 102.25, per August —.—, per Sept. —.—, per Oktober —.—, per November —.—, per Januar 103,75.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio) 18¼.

Petroleum.

* **Berlin**, 12. Mai. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. — Termine geschäftslos. Gekündigt —.— Ctr. Kündigungspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat —.—, Durchschnittspreis —.— M., April-Mai —.—, per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-Aug. —.—, per Aug.-September —.—, September-Oktober —.—.

* **Stettin**, 12. Mai. Loco 10.35.

* **Bremen**, 12. Mai. [Schlußbericht.] Standard white loco 5.95 Br. Flau.

* **Hamburg**, 12. Mai. Petroleum loco flau, Standard white loco 6.00 Br., 5.90 Gd., pr. Aug.-Dez. 6.30 Gd.

* **Antwerpen**, 12. Mai. (Telegr.) [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 15 bez. und Br., pr. Juni 15 Br. pr. August 15½ pr. Sept.-Dez. 16 Br. Ruhig.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 6¾ Gd., do. in Philadelphia 6¾ Gd. Rohes Petroleum in New-York — D. 6 C., do. Pipe line Certificats — D. 64 C.

Spiritus.

* **Berlin**, 12. Mai. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l %, Termine höher bezahlt, schließt niedriger. Gekündigt 110 000 Liter. Kündigungspreis 41.3 M. Loco mit Faß — bez., per diesen Monat und per Mai-Juni 41.4—41.5—41,2 bez., per Juni-Juli 41.5 41,8—41.3—41.4 bez., per Juli-Aug. 42.1—42.5 42 bez., per Aug.-Septemb. 43.1—43.3 42.8 bez., per September-Oktober 43.8—43.9—43.5 43.6 bez., per Oktober-November —.—. Spiritus per 100 l à 100% = 10,000% loco ohne Faß 41.5—41.4 bez.

* **Magdeburg**, 12. Mai. Kartoffelspiritus für 10,000 l-% loco ohne Faß 41.70—42.00 M. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Magdeburg**, 12. Mai. (Herm. Walther.) Kartoffelspiritus höher. Loco ohne Faß 41.70—42.00 M. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde 42.75 M. nom.

* **Posen**, 12. Mai. Spiritus loco ohne Faß 40.20, per Mai 40.20, per Juni 40.80, per Juli 41.40. per August 42.10. per September 42.30. Gekündigt — l. Fester.

* **Stettin**, 12. Mai. Spiritus ruhig, loco 40.60, per Mai 40.60, per Juni-Juli 41.00, per Aug.-Sept. 42.40.

Breslau. 12. Mai. Spiritus per 100 l 100% per Mai-Juni 40.20, Juli-August 41.00. per Aug.-Sept. 42.00.

* **Hamburg**, 12. Mai. Spiritus matter, per Mai 24¾ Br per Juli-Aug. 26 Br., per September-October 27¼ Br., Nov.-Dez. 27¼.

* **Paris**, 11. Mai, abends. (Telegr.) Spiritus behauptet, per Mai 42.00, Juni 42,00, Juli-Aug. 42.00, per Sept.-Dez. 40.50.

* **Paris**, 12. Mai, nachm. (Telegr.) Spiritus behauptet, per Mai 42.25, per Juni 42.25, per Juli-Aug. 42.25, Sept.-Dez. 40.75.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Berlin**, 11. Mai. (Amtl.) Oelsaaten per 1000 kg. Gek. —.—. Winterraps —.—, Sommerraps —.— M., Winterrübsen —.— M., Sommerrübsen —.— M. Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine spätere Sichten matter. Gek. — Ctr. Kündigungspreis 44,6 Durchschnittspreis —.— Loco mit Faß —.—. Loco ohne Faß ,—, per diesen Monat 44.7 per Mai-Juni —.—, bez., per Juni-Juli ,—, per Juli-Aug. .—, per August-Sept. .—, per September-Oktober 45 44.7—44.8 bez., Okt.-Nov. —.— bez. Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.

* **Stettin**, 12. Mai. Rüböl unverändert pr. Mai 44.20, Sept.-Okt. 44.70.

* **Köln**, 12, Mai. (Telegr.) Rüböl loco 23.80, per Mai 23.60, pr. Okt. 23.90.

* **Breslau**, 12. Mai. Rüböl loco M. per Mai-Juni 44.50, per Sept.-Okt, —,—.

* **Hamburg**, 12. Mai. Rüböl still, loco 41.

* **Paris**, 11. Mai, abends. (Telegr.) Rüböl behauptet, per Mai 48.75, per Juni 49.00, per Juli-Aug. 49,75, per Sept.-Dez. 51.50.

* **Paris**, 12. Mai, nachm. (Telegr.) Rüböl behauptet, per Mai 48.75, Juni 49.25. per Juli-Aug. 50.00, per Sept.-Dez. 51.75.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Schmalz (Wilcox) 7.30, do. Fairbanks 7.35, do. Rohe & Brothers 7.30,

Hülsenfrüchte.

* **Berlin**, 12. Mai. (Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—30 M. Speisebohnen, weiße, 24—40 M., Linsen 30—60 M. per 100 kg.

* **Berlin**, 12. Mai. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco gute Waare fehlt. Termine — Gek. — T. Kündigungspreis —.— M. Loco 109—117 M. nach Qual., per dies. Mon. und per Mai-Juni 109 Br., per September-Oktober 110 Br. Erbsen per 1000 kg, Kochwaare 150—200 M. Futterwaare 118 bis 128 M. nach Qualität.

* **Wien**, 12. Mai. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 6.00 Gd., 6.05 Br., per Juli-Aug. 6.19 Gd., 6,24 Br.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Mais (New) 49.

Mehl.

* **Berlin**, 12. Mai. (Amtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 kg inkl. Sack. Matter. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis —.— Mk. per diesen Monat und per Mai-Juni 17.55—17.45 bez., per Juni-Juli 17.60—17.55 bez., per Juli-Aug. 17.75—17.70 bez. per Aug.-Sept. —.— per September-Oktober 18 17.90 bez.

* **Berlin**, 12. Mai. Weizenmehl Nr. 00 24.25—22.75, Nr. 0 22.75 bis 20.75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17.75—16.50, do. fein Marken. Nr. 0 u. 1 19.50—17.75 bez. Nr. 0 1.75 M. höher als Nr. 0 u. 1 per 100 kg Br. inkl. Sack.

* **Paris**, 11. Mai, abends. (Telegr.) Mehl 12 Marques fest. Mai 56.50 Juni 57.10 Juli-Aug. 57.75, Sept.-Dez. 55,60.

* **Paris**, 12. Mai, nachm. (Telegr.) Mehl ruhig, per Mai 56.30, per Juni 56,90, per Juli-August 57.60. per September-Dezember 55.75.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Mehl 3 D. 60 C.

Butter. Eier. Fleisch.

* **Berlin**, 12. Mai. (Pol.-Präs.) Rindfleisch, von der Keule, 1.00—1.40 M. Bauchfleisch 0.80—1.20 M., Schweinefleisch 1.00—1.40 M., Kalbfleisch 1.00 bis 1.50 M., Hammelfleisch 0.80 1.30 M., Butter 1.80—2.80 M. per 1 kg. Eier, 60 Stück, 2.20—2.80 M.

* **New-York**, 11. Mai. (Telegr.) Speck 8½.

Stärke. Kartoffelmehl.

* **Berlin**, 12. Mai. (Amtl.) Kartoffelmehl per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine ruhig. Gekündigt —.— Sack. Kündigungspreis —.— M. Loco —.— M., per diesen Monat und per Mai-Juni 16.70 M., per April-Mai —.— M., per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-August —.— per August-September —.— per September-Oktober —.— M. Trockene Kartoffelstärke per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine ruhig. Gekündigt —. Sack. Kündigungspreis —.— M. Loco, per diesen Monat, u. per Mai-Juni 16.60 Mk., per Juni-Juli —.—, per Juli-August —.—, per August-September —.—, per September-Oktober —.

Stroh. Heu.

* **Berlin**, 12. Mai. (Pol.-Präs.) Richtstroh 4.75—5.25 M., Heu 4.60—7.20 M. per 100 kg.

Kartoffeln.

* **Berlin**, 12. Mai. (Pol.-Präs.) Kartoffeln 4.00—5.40 M. per 100 kg

Baumwolle und Wolle.

* **Liverpool**, 12. Mai. (Telegr.) Baumwolle (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 8000 B. Ruhig. Tagesimport 12,000 B.

* **Liverpool**, 12. Mai, Vormittags 11 Uhr 50 Min. (Telegr.) Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Amerikaner stetig, Surats ruhig. Middl. amerikanische Lieferung: Mai-Juni 5 45/64 Verkäuferpreis, Juni-Juli 5 45/64 Käuferpreis, September 5 19/64 Verkäuferpreis.

Metalle.

* **Amsterdam**, 12. Mai. Bancazinn 63¼.

* **Glasgow**, 12. Mai. Roheisen. Mixed numbers warrants 41 sh. 1½ d.

* **Glasgow**, 12. Mai. Roheisen. (Schluß). Mixed numbers warrants 41 sh. 1 d.

* **London**, 11. Mai. Zinn 104⅜ Lstrl. Kupfer 39⅛ Lstrl. Zink 14⅞ Lstrl. Blei, engl. 12¼ Lstrl. span. 12 Lstrl. Silberbarren —.—.

* **Rotterdam**, 12. Mai, Mittag. (Tel. der Hrn. M. H. Lorenz u. Cie. hier. Zinn: Banka 63¼ Billiton 62¾ fl. (Seit Oktober 1882 war Zinn nicht so hoch.)

* **London**, 12. Mai, Mittag. (Tel. der Herrn M. H. Lorenz u. Cie. hier.) Zinn: Straits 104¾, Austral. 105 Lstrl. — Kupfer: Chili-Bars —.— Lstrl.

* **New-York**, 10. Mai. Zinn, austral. Nr. 1, 22.95 C. Eisen, Nr. 1 Coltnes 22 Doll.

Viehmärkte.

Hamburg-Altonaer 11. Mai. Central-Viehmarkt. Horn- und Schafviehhandel langsam. Beste holsteinische Rinder 18—19 Thlr., Mittelwaare 15—16 Thlr., und geringere 14—15 Thlr. für 100 Pfund, holsteinische Marschhammel 50—55 Pfg., Mittel- und ordinäre Waare 40—55 Pfg. das Pfund. Schweinehandel ziemlich gut. Scheinehandel ziemlich gut. Sengschweine 44 Mk., beste dänische Versandtschweine 40 Mk., inländische im Zollinlande 40 42 Mk., Mittelwaare 40—41 Mk., Sauen 32—34 Mk. und Ferkel 42 Mk. für 100 Pfd. Die Gesammtzufuhr an Schweinen betrug vom 4. bis 10. d. Mts. 5000 Stück, darunter 3000 Stück vom Norden. Nach England gingen in derselben Zeit 4500 Hammel. nach dem Süden 280 Rinder und 1400 Schweine. Kälberhandel mittelmäßig. Am Markte standen 1050 Kälber bei Preisen von 40—75 Pfg. das Pfund.

* **Schweinfurt**, 11. Mai. Der heutige Rindviehmarkt war etwas besser, als der letzte und mit sehr schönem Vieh betrieben auch im Geschäft machte sich etwas mehr Lebhaftigkeit bemerkbar, aus Norddeutschland waren ziemlich Käufer am Platze; Preise haben aber keine Besserung erfahren ganz schöne schwere Ochsen, hiesigen Schlages ausgenommen, welche für Magdeburg mit 1000—1110 M., (54—60 Carol.), das Paar aufgekauft wurden, schwere Ochsen I. Qualität gingen mit 888—962 Mk. (48—52 carol.) Mittelochsen mit 703—851 Mk. (38—46 Carol.), 2½—3jährige Stiere mit 444—555 Mk., (24—30 Carol.) das Paar ab. Hoffentlich wirken die sehr günstigen Futteraussichtru in Bälde auch günstig auf den Viehhandel ein, wenn sich auch bei dem starken Viehstande in allen Stallungen ein wesentliches Heben der Preise vorläufig noch nicht erwarten läßt.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung“ zu Halle.
Verantwortliche Redakteure, sämmtlich zu Halle:
Dr. Richard Hamel für Politik, Feuilleton und den übrigen Inhalt ausschließlich des Nachstehenden; Dr. Ewald Schulze für Lokales, Provinzielles und Theater; Louis Lehmann für den Handels-, Börsen- und Inseratentheil.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt über „Homeriana“ bei.

Berliner Börse v. 12. Mai.

Preußische und Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,10G
do. do.	3½	98,75bzG
Preuß. consol. Staats-Anleihe	4	106,00B
do. do.	3½	99,00bzG
Preuß. Staats-Anl. v. 1868	4	103,10G
do. von 1850, 52, 53, 62	4	102,60bzG
do. Staats-Sch.-Sch.	3½	99,90G
do. Prämien-Anleihe	3½	154,25bz
Pfandbriefe: Berliner	5	115,10G
do.	4½	109,25bz
do.	4	105,10G
Kur- und Neumärkische	3½	100,90bz
do. neue	3½	97,00bz
Landsch. Central.	4	102,00bz
do. do.	3½	97,10bzG
do. do.	3	87,25bz
Ostpreußische	3½	97,60bz
Pommersche	3½	97,25bz
do.	4	101,80G
Posensche, neue	4	101,40B
do. do.	3½	97,25bzB
Sächsische	4	103,50G
Schlesische, altlandsch.	3½	98,00G
do. neue	3½	97,25B
Westpreußische	3½	97,00B
Rentenbriefe: Kur- und Neumärkische	4	103,60B
Pommersche	4	103,70G
Preußische	4	103,50bz
Sächsische	4	103,50bz
Schlesische	4	103,50bz
Braunschw. 20 Thlr.-Loose, Mk. p. St.	fco.	94,50B
Cöln-Mind. Prämien-Anl.	3½	132,10bz
Sächsische Rente	3	90,50G

Ausländische Fonds.

Italienische Rente	5	96,25bz
Oesterreich. Silberrente	4⅕	65,90bz
do. Papierrente	4⅕	65,00bzB
do. Goldrente	4	90,00bz
Russisch-Engl. Anl. v. 1870	5	— —
do. do. 1871	5	96,45bz
do. do. 1872	5	96,45bz
do. do. 1873	5	96,45bz
Russische cons. Anl. v. 1875	4½	91,50bzG
do. ausw. Anl. 1877	5	— —
do. cons. Anl. 1880	4	82,90bz
do. Nicolai-Obl.	4	85,50bz
do. III. Orient-Anl.	5	56,40bz
do. Präm.-Anl. v. 1864	5	146,25G
do. do. 1886	5	135,25G
do. Bodencred.-Pfandbr.	5	94,50bz
do. Central-Boden-Credit-Pfandbriefe	5	85,00bzG
Rumän. Staats-Rente	6	105,80bz
do. do. fund.	5	102,00B
do. do. amort.	5	94,50bzB
Ungar. Staats-Rente	5	100,80bzG
do. Ostbahn, II. Obl.	5	102,00bzG
do. Goldrente	4	81,00B
Serbische Rente	5	79,50bzG
do. do.	5	83,30bzG

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

	Dividende 1885	
Aachen-Mastricht	2¼	50,60B
Berlin-Dresden	0	23,10G
do. do. St.-Prior.	0	56,20G
Dux-Bodenbach	7½	143,10bz
Galiz. Carl-Ludwigsbahn	5	82,30bzG
Gotthardbahn	3½	106,60bz
Mainz-Ludwigshafen	3¼	97,90bzB
Marienburg-Mlawka	⅓	46,70bz
do. do. St.-Pr.	5	106,80bzG
Mecklenb. Friedr.-Franzb.	7¾	136,90bz
Nordhausen-Erfurt	0	34,20G
do. do. St.-Pr.	4⅔	105,20G
Oesterreich. Nordwestbahn Mk. p. St.	4	— —
do. B. (Elbethal) f. p. St.	2¾	— —
Oesterr. Staatsb. Mk. p. St.	5	363,50bz
do. Südbahn Mk. p. St.	1	141,50bz
Ostpreuß. Sudbahn	5	62,20bz
do. do. St.-Pr.	5	105,00bzB
Russ. Staatsbahn gar.	7,30	122,40G
do. Südwestbahn gar.	5,80	58,50bz
Saalbahn	0	46,25bzB
do. St.-Pr.	3	102,50bzG
Warschau-Wiener Mk. p. St.	13⅛	278,40G
Weimar-Gera	0	26,50bzG
do. do. St.-Pr.	2⅔	86,75bzG
Werrabahn	2½	76,70bz

Deutsche Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4	101,50B
Berg.-Märk. III. A B. C.	3½	99,00bz
do. V.	4	102,60B
do. VII.	4	102,70B
do. VIII.	4	102,70B
do. IX.	4	102,70B
do. Nordbahn	4	102,50G
Berlin-Anhalter 57er	4	102,50G
do. do. La. C.	4	102,60G
Berlin-Dresden gar.	4½	101,70G
Berlin-Görlitz B.	4	— —
Berlin-Hamburg. I.	4	102,50bzG
do. do. III.	4	102,50bzG
Berlin-Potsdam-Magdeb. A.	4	— —
do. do. do. C.	4	102,60bzG
Berlin-Stettin II. III. VI.	4	102,50G
Breslau-Schweidn.-Freib. H.	4	— —
do. do. K.	4	102,50G
do. do. v. 1876	4	102,60B
Cöln-Mindener IV.	4	102,50G
do. V.	4	— —
do. VI. A B.	4	102,60G
do. VII.	4	— —
Magdeb.-Halberst. 1865	4	102,50G
do. do. 1873	4	102,60B
do. Leipzig. A.	4	104,50G
do. do. B.	4	102,70G
do. Wittenberge	3	90,25G
Mainz-Ludwigshaf. gar.	4	— —
Niederschl.-Märk. Pr.-Act. I.	4	102,75B
do. do. II.	4	— —
do. Pr.-Obl. I. u. II.	4	102,00G
do. do. III.	4	104,25B
Nordhausen-Erfurter	4½	101,75G
do. do.	4	102,25G
Oberschlesische La. E.	3½	98,50G
do. „ F. G.	4	102,50G
do. „ H.	4	102,50G
do. Em. v. 1879	4½	105,25bzG
do. Em. v. 1880	4	— —
Ostpreußische Südbahn	4½	103,30bzG
Rechte Oder-Ufer Eb. I.	4	102,50G
do. do. II.	4	— —
Rheinische II.	3½	— —
do. do. 1858, 60.	4	102,50G
do. do. 1862, 64.	4	102,50G
do. do. 71, 73er	4	102,50G
Thüringer VI.	4	— —
Weimar-Geraer	4	— —
Werrabahn	4	— —

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Böhm. Nordbahn Gold	4	101,50bz
Dux-Bodenbach II.	5	84,40bzB
do. do. III, Gold	5	106,00bz
Dux-Prag. Gold	5	107,80bz
Galiz. Carl-Ludwigsb. gar.	4½	80,50bzG
Kaschau-Oderberg	5	80,10bzG
do. do. Gold	5	102,80G
Oesterr. Franz-Staatsb. alte	3	397,25B
do. do. von 1874	3	— —
do. do. Erg.-Netz	3	— —
Oesterreich. Nordwestbahn	5	85,10bzG
do. do. La. B.	5	83,70G
do. do. Gold	5	107,25bzG
Oesterreich. Südbahn	3	293,25bz
do. do.	5	101,30bz
Reichenberg-Pardub., Gold	5	— —
Ungar. Nordostbahn gar.	5	78,25bz
do. do. Gold	5	102,60bzB
do. Ostbahn I. Em.	5	78,40G
Charkow-Azow gar.	5	98,40bz
Große Russ. Staatsb. gar.	3	— —
Jelez-Orel gar.	5	97,80bz
Jelez-Woronesch gar.	5	97,25G
Kursk-Kiew gar.	5	101,60bz
Mosco-Rjäsan gar.	4	95,75bzB
Rjäsan-Koslow gar.	4	— —
Russ. Südwestbahnen (gar.)	4	83,00bzG
Transcaucasische gar.	3	65,50G
Warschau-Wiener II. III. IV. V. VI.	5	102,25G
Gotthardbahn IV.	5	105,90bz

Bank-, Hypotheken- und Creditbank-Actien.

Zinsen à 4% v. 1. 1. ausgenommen Reichsbank 4½%.

	Dividende 1885	
Berliner Handels-Ges.	8	153,90bz
Braunschw. Hann. Hypoth.	4	93,00bzB
Darmstädter Bank	6½	137,90bzG
Deutsche Bank	9	158,90bz
Deutsche Genossensch.-Bank	6¾	132,25bzB
Disconto-Gesellschaft	11	194,25bzG
Dresdner Bank	7½	130,80G
Effekten-Maklerb., 50% E.	6,65	— —
Gothaer Grundcreditbank	0	57,60bzG
do. junge 40% E.	0	81,25bzG
Leipziger Credit-Anstalt	9	171,10G
Magdeburger Bankverein	6	108,60G
do. Privatbank	5 5/12	116,25G
Maklerbank	5	98,00G
Nationalbank f. D.	4	84,90bzG
Oesterr. Credit M. p. St.	8 7/16	451,50bz
Preuß. Bodenkredit-Bk.	5½	105,50G
do. Centralbodencredit. 40% E.	8¾	133,75bzG
Preuß. Hypoth.-Bank	5	102,50bzG
Reichsbank	6,24	135,60bzG
Sächsische Bank	5⅛	111,75bzG
Weimarische Bank	0	64,75bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	
Anhalter Landesbank	5	102,70G
Braunschw.-Hannover	4	101,00G
Deutsche Hyp.-Bk. Berlin IV—VI.	5	109,10bzG
do.	4	101,70G
Gothaer Prämien I. Abth.	3½	106,00bz
do. II. do.	3½	103,50bz
Gothaer Grunder., III. rückz. 110	3½	96,50B
do. IV. „ 110	3½	96,30bzG
Meining. Prämien	4	24,30bz
Preuß. Bodencr., rückz. 110	5	113,00G
do. III, „ 100	5	106,30G
do. V u. VI, „ 100	5	106,30G
do. „ 115	4½	114,90B
do. „ 100	4	102,00bzG
Preuß. Centralbodencr.-Bk., rückz. 100	4	115,10G
do. „ 110	4½	111,25G
do. „ 100	3½	96,30bzG
do. „ 110	4	— —
Preuß. Hyp.-Bk., „ 120	4½	115,90G
do. „ 110	5	110,60G
do. „ 100	4	101,50G
do. „ 100	3½	97,50G
Süddeutsche Bodencr.	4	100,80G

Industrielle Gesellschaften.

Zinsfuß 4%.

	Dividende 1885	
Anhalter Maschinenb.-A.	1	— —
Berlin-Anh. Masch.	4½	106,00bzG
Berl. Masch. Schwartzkopff	33⅓	430,25bzG
Cröllwitzer Papierfabrik	15	180,00bzG
Deutsche Cont.-Gas.	12	180,90bz
Glauziger Zuckerfabr.	2	79,40bzG
Greppiner Werke	4	90,00B
Gruson-Werk	—	141,90bzG
Hallesche Maschinenfabr.	10	201,00bz
Kette, Elbschiff.-Ges.	2⅔	83,90bzG
Körbisdorfer Zuckerfabr.	3	93,50bzG
Leopoldshall, chem. Fabr.	5	105,50bzB
Magdeb. Allg. Gas	7½	119,75bz
Magdeburger Baubank	8⅔	137,50bzG
Magdeburger Straßenbahn	9	205,50G
Nordhäuser Tapetenfabrik	4½	107,00G
Staßfurt, chem. Fabrik	7½	125,50B
Sudenburger Masch.-Fabr.	14	169,90G
Zeitzer Maschinenfabrik	16	225,10G

Bergwerks- und Hüttengesellschaften.

Anhalter Kohlenwerke	11¼	177,00G
Bochum. Gußstahl	6⅔	116,50bz
Consolidirte Marie	6½	111,60G
Donnersmarckhütte	0	37,10bzG
Dortm. Union St.-Pr. La. A.	⅓	52,10bzG
Gelsenkirchener	6	104,90bz
Königs- u. Laurahütte	⅓	68,60bz
Lauchhammer	2⅘	59,50bzG
Magdeburger	15	215,50G
do. St.-Pr. B.	15	— —
Sächs. Gußstahl	7	121,00bzG
Sächs.-Thür. Braunkohlen	15	105,00bzB
do. do. St.-Pr.	15	110,00bzG
Westeregeln Alkali	8	156,00bzG

Wechsel.

			Zf.	
Amsterdam	100 Fl.	8 T.	2½	168,95bz
do.	100 Fl.	2 M.	2½	168,45bz
London	1 Lstr.	8 T.	5	20,37bz
do.	1 Lstr.	3 M.	5	20,325bz
Paris	100 Frcs.	8 T.	3	80,75bz
do.	100 Frcs.	2 M.	3	80,45bz
Petersburg	100 S.-R.	3 W.	5	179,65bz
do.	100 S.-R.	3 M.	5	178,90G
Wien Oest. W.	100 Fl.	8 T.	4	160,30bz
do. do.	100 Fl.	2 M.	4	159,55bz

Bankdisconto in

Amsterdam	2½	London	2
Berlin	3	Paris	3
do. Lombard	3½	Petersburg	5
do. Privatdisc.	1⅞	Wien	4
Brüssel	2½		

Gold, Silber und Papiergeld.

Cours in Mark.

Dollars	per St.	— —
Ducaten	per St.	— —
Imperials	per St.	— —
Napoleonsd'or	per St.	— —
Sovereigns	per St.	20,31bz
Englische Banknoten per Lstr.		20,39bz
Franz. Banknoten per 100 Frcs.		80,75bz
Oesterr. Banknoten per 100 Fl.		160,40bz
do. Silbercoup. (Berlineinlösb.)		160,25bz
Russ. Banknoten per 100 Rb.		180,30bz

Umrechnungs-Course:

1 Fl. österr. = 2 Mk. 100 Fl. holländ. = 170 Mk. 1 Dollar = 4 Mk. 25 Pf. 100 Rubel = 320 Mk. 100 Frcs. = 80 Mk. 1 Lstr. = 20 Mk.

Leipziger Börse v. 12. Mai.

	Zf.	
Pfandbr. des Sächs. Landw. Credit-Verein	4	103,00B
Creditbr. des Sächs. Landw. Credit-Verein	4½	104,50G
Schuldsch. d. Mansf. Gewksch. von 1882	4	102,25bz
do. do. do	4½	— —
do. do. von 1879	4½	103,25B
Altenburg-Zeitz	4	183,00G
Aussig-Teplitz	4	272,50B
Leipziger Bank do. 6⅖ %	4	130,50B
do. Disc.-Ges. do. 5½ %	4	101,00G
Cröllw. Schuldverschreibungen	5	105,50G
Hallesche Straßenbahn Div. v. 85 5⅗ %	4	124,50G
Leipz. Malzfabr. Schkeuditz Div. 85/86 13 %	4	206,00B
Zuckerraffinerie Halle Div. 85/86 16 %	4	103,00bzG
Aussig-Teplitzer. Pr.-Obl.	4½	102,85G
Buschtiehrader do. v. 72	5	85,50bzG
Gömörer Eisenbahn-Obl.	5	102,40B
Graz-Köflacher do. v. 72	5	81,20G
Prag-Turnauer do.	5	89,50G
Verein Sächs.-Thür. Paraf. u. Solaröl St.-Pr.-Act. Div. 85 6½ %	4	65,00B
Zeitzer Par. u. Solar.-Fabr. Div. v. 85 6 %	4	65,00G

Verstaatlichte Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

			abgestempelt.	nicht abgestempelt.
Bergisch-Märkische IV	4	laufende Zinsen bis 1. 7. 87.	— —	— —
Berlin-Potsdam-Magdeburger D.	4½		98,75G	— —
do. do. E. F.	4		98,75G	— —
Breslau-Schweidnitz-Freib. G.	4		98,75G	— —
Cöln-Minden. I.	4		98,75G	— —
Halle-Soran C.	4		98,75G	100,00G
Thüringer I. III. IV. V.	4		98,75G	— —
Berlin-Görlitzer C.	4	laufende Zinsen bis 1. 10. 87.	99,00bzG	— —
Breslau-Schweidnitz-Freiburger J.	4		99,00bzG	— —
Cöln-Mind. III.	4		99,00bzG	100,00G
Halle-Soran A. B.	4		99,00bzG	— —
Magdeburg-Halberstädter I.	4		99,00bzG	— —
Rheinische 65. 69.	4		99,00bzG	— —

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870514I-14/fragment/page=0004

Beilage der Hallischen Zeitung.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 12. Mai.

1 Uhr. Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, v. Puttkamer, Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat. In demselben werden für den Umbau des Gebäudes der kaiserlichen Botschaft in Paris 111 300 Mark gefordert.

Die Budgetkommission beantragt durch ihren Berichterstatter Abg. Dr. **Hammacher** unveränderte Bewilligung der Vorlage.

Das Haus beschließt demgemäß und wendet sich darauf zur ersten Berathung des Gesetzentwurfes betr. Abänderung der Gewerbeordnung. Es wird darin bestimmt, daß die Verwaltungsbehörden für den Bezirk einer Innung auf Antrag der letzteren auch Nichtinnungsmitglieder (Meister und Gesellen) an den Kosten der von den Innungen errichteten Herbergen, Fachschulen und Schiedsgerichte heranziehen können, wogegen die Betroffenen das Recht erhalten, die Innungseinrichtungen zu benutzen.

Abg. **Metzner** (Centr.) beklagt die Dürftigkeit der Vorlage. Diese zeige zwar, daß die Regierung die Bedeutung des Handwerks zu erkennen anfange, aber zugleich, daß dies noch immer nicht genügend geschehe. Die Vorlage sei daher ein todtgeborenes Kind und werde den Verfall der Innungen noch befördern. Was den Innungen noth thut, wird ihnen auch hier nicht gewährt. Die Innungen sind vielfach nicht im Stande, die Mittel für die von ihnen zu unterhaltenden Einrichtungen aufzubringen. Dagegen hilft aber die Vorlage nicht. Es wird nicht bestimmt, daß die Handwerker verpflichtet sein sollen, diese Einrichtungen ohne weiteres mit zu unterhalten, sondern erst müssen die Innungen ihre Fachschulen, Herbergen ꝛc. in Gang haben, sie müssen erst die Kosten für die Einrichtungen aufgebracht haben, und erst wenn diese Einrichtungen sich als zweckmäßig erweisen, kann die Verwaltungsbehörde die Rechte der Innungen erweitern. Das ist ja überhaupt der kaufsuchkartige Charakter unserer neueren Gesetze: sie sind zu unbestimmt gefaßt und sie legen alles in die diskretionäre Gewalt der Behörden. Mit solchen konsoperativen Mitteln hilft man dem Handwerk nicht, man muß eine Radikalkur anwenden. Man muß sich eben entscheiden, ob man einen Mittelstand haben will oder nicht. Trotz meiner Ausführungen weise ich die Vorlage nicht von der Hand, sondern ich hoffe, daß sie in der Kommission in richtiger Weise verbessert werden wird. Unser Ziel aber bleibt: die Gewerbefreiheit muß fallen! Ich beantrage Verweisung der Vorlage an dieselbe Kommission, welche sich mit den Innungsanträgen aus der Mitte des Hauses beschäftigt. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. **Baumbach** (dfr.): Der Vorredner hat ebenso wie viele Handwerkerkreise die Vorlage nur als eine Abschlagszahlung gelten lassen wollen. Wenn ich nun der Kommissionsberathung nicht widersprechen, so geschieht es dagegen in der Hoffnung, daß in der Kommission sich Konzessionen in unserem Sinne erzielen lassen werden. Vor Allem werden wir für weitere Ausdehnung des Instituts der Gewerbegerichte eintreten müssen. Daß in dem Handwerkerstande keine allgu große Neigung für die Innungen herrscht, zeigt am besten die Thatsache, daß nur der geringste Theil der Handwerker bisher den Innungen beigetreten ist. Auch die Motive der Vorlage geben zu, daß die Mehrzahl der Handwerker den Innungen nicht geneigt ist, und der Vorredner hat also nicht das Recht, im Namen der Handwerker zu sprechen. Nun meint er, man müsse die Innungen erstrebenswerther machen. Zu diesem Zwecke hat man zunächst den Innungen das Recht des Lehrlingshaltens gegeben. Das hat nicht viel geholfen, und nun versucht man es mit einem Druck auf den Geldbeutel der außerhalb der Innungen stehenden Handwerker. Ich vermisse nun in der Begründung der Vorlage statistische Nachweise darüber, was die Innungen bis jetzt auf dem Gebiete der in Rede stehenden Einrichtungen geleistet haben und wieviel sie dafür aufgewendet haben. Nach den mir zu Gebote stehenden Zahlen ist es nicht sehr viel. Hier in Berlin werden die Großindustriellen stark zu den Kosten herangezogen, die Schulen der Innungen werden aber fast nur von den bei Innungsmeistern in Arbeit stehenden jungen Leuten besucht. Will man aber wirklich den engherzig zünftlerischen Standpunkt einnehmen, daß die jungen Leute die Schulen nicht sollen besuchen dürfen, wenn sie einmal bei einem Nicht-Innungsmeister arbeiten? Die Vorlage macht nun, wie das immer bei zünftlerischen Vorlagen der Fall ist, einen scharfen Unterschied zwischen Industrie und Handwerk. Der Abg. Metzner hat aber in der Kommission schon verrathen, daß man später auch den Fabriken zu Leibe rücken will. Wie man das anzufangen gedenkt, ist mir freilich nicht klar, wenn ich auch nicht bestreiten will, daß die Industrie das Handwerk vielfach geschädigt hat. Mit Gesetzen läßt sich aber dagegen nichts thun. Dagegen hat der Direktor des hiesigen Kunstgewerbemuseums, Professor Lessing, in einem Vortrage nachgewiesen, daß die schlimmste Zeit für das Handwerk vorbei ist. Gerade die hohe Entwickelung der Industrie trage das Heilmittel für das Handwerk in sich. Es werde immer mehr möglich, daß der einzelne Handwerker maschinelle Einrichtungen benutze, und dabei habe dann das Handwerk durch die Ehre Einzelnen innewohnende Geschicklichkeit und Intelligenz einen Vorsprung vor der Industrie. Trotz des Aufschwungs der Maschinenindustrie habe sich das Handwerk in Deutschland in den letzten Jahrzehnten stetig gehoben. Zugleich habe die Industrie durch ihre Massenproduktion die Bedürfnisse gesteigert, jetzt breche beim Publikum wiederum das Verlangen nach individueller, schöner Ausführung hervor, und so gehe jetzt das Handwerk durch Benutzung maschineller Einrichtungen, welche von der kunstverständigen Intelligenz des Einzelnen geleitet würden, einem neuen Aufschwunge entgegen. Das ist das Resultat, zu welchem Herr Professor Lessing kommt. Solche Bestrebungen auf Dienstbarmachung der Maschinen für die Handwerker sollte man lieber unterstützen, namentlich von Seiten der Vereine und Korporationen, anstatt sich zünftlerischen, mittelalterlichen Bestrebungen hinzugeben. Diese Vorlage aber ist die Zwangsinnung, sie ist wenigstens ein Schritt zur Zwangsinnung, und darum müssen wir uns gegen die Vorlage erklären. (Beifall links.)

Geh. Oberregierungsrath **Lohmann**: Nach den bisherigen Verhandlungen des Hauses über das Innungswesen war zu erwarten, daß die Vorlage lebhaften Widerspruch finden würde; wenn aber der erste Herr Redner in einer so scharfen Weise sich gegen dieselbe ausgesprochen hat, so kann dies alle diejenigen, welche mit den Strömungen in den Handwerkerkreisen nicht näher bekannt sind, nur in höchstem Maße befremden. Wenn das wahr wäre, was der Herr gesagt hat als Vertreter des Handwerkerstandes, und wenn die Regierung sich in ihren Erwägungen leiten ließe von der Ansicht auf Dank, so könnte sie durch diese Rede veranlaßt werden, ihre Bestrebungen für das Innungswesen überhaupt aufzugeben. (Sehr richtig! rechts.) Auf diesem Standpunkt stehen aber die verbündeten Regierungen nicht sie haben nur die allgemeinen Interessen im Auge, und nur insofern die Interessen des Handwerkerstandes allgemeine Interessen sind, erfahren sie die Förderung der Regierung. Von diesem Standpunkt sind die Regierungen bei der Behandlung dieser Frage von Anfang an ausgegangen, sie haben die Entwickelung aufmerksam verfolgt, um sich ein Urtheil darüber zu bilden, was etwa im Wege der Gesetzgebung geschehen könne, um die Entwickelung zu einem günstigen Ziele zu leiten. Meinals werden die Regierungen den Standpunkt des ersten Redners einnehmen und ein Gesetz machen, das ohne Rücksicht auf die allgemeinen Interessen, auf die Entwickelung der Großindustrie einfach dahin geht, daß alles nur im Interesse der Handwerker geordnet wird, daß verboten wird, überhaupt etwas zu machen, anders als durch das Handwerk und mit etwas zu handeln, was das Handwerk nicht gemacht hat. Dagegen werden die Regierungen, auch wenn diese Vorlage Gesetz geworden ist, den weiteren Verlauf der Bewegung sorgsam beachten und sich dann über eventuelle weitere Maßnahmen schlüssig machen. Der erste Herr Redner hat von einem Widerspruch zwischen der Vorlage und der Begründung gesprochen, hat aber nicht einen einzigen Punkt angeführt, worin dieser Widerspruch besteht. Er hat die Ausführungsbestimmung bemängelt, aber gerade die Thätigkeit der Verwaltungsbehörden bürgt dafür, daß die Prüfung der in Betracht kommenden Fragen eine allseitig gründliche und sichere ist. Wenn er sagt, daß diesen Ausführungsbestimmungen die Handwerker in der Regel antipathisch gegenüberstehen, so ersuche ich ihn, sich bei seinen Kollegen, namentlich hier in Berlin, zu erkundigen, ob sie Ursache haben, demjenigen, was die Regierung auf dem Wege der Verwaltung gethan hat, abgeneigt gegenüber zu stehen. Hauptsächlich hat der Abgeordnete Metzner seinen Widerspruch gegen die Bestimmung geltend gemacht, daß die nicht der Innung angehörenden Handwerker zu den Kosten der Innungseinrichtungen nur dann herangezogen werden sollen, wenn diese letzteren zu den Zwecke, zu dem sie bestimmt sind, als geeignet befunden worden. Will denn der Abg. Metzner wirklich so weit gehen, daß jene Handwerker auch Beiträge leisten sollen für solche Einrichtungen, die nicht geeignet sind? Die Einwendungen nach dieser Seite sind also durchaus hinfällig. Im Uebrigen habe ich für die ablehnende Haltung des Abg. Metzner so wenig Unterlagen in seinem Vortrag gefunden, daß ich nicht im Stande bin, auf eine nähere Widerlegung mich einzulassen. Ich muß das den Verhandlungen in der Kommission vorbehalten, falls der Herr auch da noch seine Behauptungen aufrecht erhält.

Der Abg. Baumbach hat an der Vorlage beklagt, daß die Motive über die Entwickelung des Innungswesens nur wenige Zahlen geben. Wir sind nicht im Stande gewesen, in der Begründung der Vorlage die Zahlen für das Jahr 1886 anzugeben, da die statistischen Ermittelungen bei Aufstellung der Vorlage noch nicht abgeschlossen waren. Gegenwärtig aber kann ich genauere Ziffern auch über das letzte Jahr geben. Während am Ende des Jahres 1885 vorhanden waren 815 neuerrichtete und 2273 reorganisirte Innungen, waren am 1. Dezember 1886 vorhanden 1305 neuerrichtete und 4271 reorganisirte Innungen; und während am 1. Dezember 1885 in Preußen noch 3330 nicht reorganisirte Innungen vorhanden waren, ist die Zahl der nicht reorganisirten Innungen bis zum 1. Dezember 1886 auf 1920 zurückgegangen. Ich kann hinzufügen, daß in Folge der günstigen Entwickelung, welche die Reorganisirung der Innungen genommen hat, der preußische Handelsminister die Schritte eingeleitet hat, die nicht reorganisirten Innungen aufzulheben. Ich gebe dem Abg. Baumbach zu, daß die Leistungen der Innungseinrichtungen verhältnißmäßig noch nicht sehr groß sind. Das liegt eben daran, daß diese Einrichtungen den Mitgliedern der Innung zu große Kosten auferlegen. Bei dem schwachen Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, welches zur Zeit bei den Mitgliedern der Innungen noch herrscht, müssen wir es vermeiden, denselben allzu große Lasten aufzuerlegen, wenn wir nicht riskiren wollen, daß ein großer Theil der Mitglieder wieder austritt; denn sie werden sich sagen: warum sollen wir es gerade sein, die die Einrichtungen im allgemeinen Interesse bezahlen sollen und nicht auch unsere Fachgenossen, die außerhalb der Innung stehen. Wenn die Innungen in der Lage sind, die Außenstehenden mit heranzuziehen, so hoffen wir, daß die Leistungsfähigkeit der Innungseinrichtungen eine größere sein wird. Weitere Einzelheiten behalte ich mir für die Kommissionsberathung vor.

Abg. **von Kleist-Retzow** (kons.): Der Abg. Metzner sollte sich doch freuen, daß mit dieser Vorlage ein Theil unserer Wünsche Erfüllung finden soll. Wir wünschen auch noch den Befähigungsnachweis ꝛc., und darüber werden wir mit den Kommissarien der verbündeten Regierungen noch verhandeln. Jedenfalls sollten wir den letzteren für diese Vorlage dankbar sein. Der Abg. Baumbach meint, die Innungen hätten bisher nichts geleistet. Ja, wie sollten sie denn viel leisten? Sind Sie nicht stets dem entgegengetreten, und haben wir es bisher denn erreichen können, daß die Gesetzgebung es den Innungen überhaupt möglich machen solle, etwas zu leisten. Dann hat der Abg. Baumbach auf einen Vortrag des Professor Lessing berufen. Aber gerade dieser Vortrag und die vom Abg. Baumbach daran geknüpften Bemerkungen sprechen am besten für unsere Forderungen. Wir verlangen gerade, daß den Handwerkern Gelegenheit geboten werde, von den Maschinen Nutzen zu ziehen; das können wir eben nur durch Stärkung der Korporationen. Wir werden zur Zwangsgenossenschaft bei den Handwerkern kommen, und wir werden dazu kommen müssen, wenn es sich um die Alters- und Invalidenversicherung handeln wird. Dann wird man den Handwerkern auch die ihnen genommene Krankenversicherung zurückgeben. Wir verlangen aber jetzt nicht die Zwangsinnung, wir verlangen die freiwillige Innung, aber sie muß in den Stand gesetzt werden, zu bestehen. Ob der gegenwärtige Entwurf das schon erreichen wird, ist allerdings eine Frage. Der Entwurf legt das ganze Entscheidung in die Hände der oberen Verwaltungsbehörden. Diese haben zu prüfen, ob die Einrichtungen der Innungen zweckmäßig sind, und auch bejahendenfalls müssen sie nicht, sondern können nur die Heranziehung der Nichtinnungsmitglieder beschließen. Was das heißen will, zeigt am besten folgender Umstand. Wir haben etwa 3000 Innungen — das ist gar nicht wenig, Herr Baumbach — und doch haben nur 144 das Alleinrecht Lehrlinge zu halten! Wenn wir dem Handwerk wirklich helfen wollen, werden wir zur Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Handwerks kommen müssen. Dann wird die Majorität der Handwerker selbst über ihre Interessen entscheiden. (Beifall.)

Geh. Oberregierungsrath **Lohmann**: Die Einzelheiten der Vorlage können wir im Plenum nicht erledigen. Ich will nur erwidern auf die Bedenken des Vorredners bezüglich der diskretionären Vollmachten der Verwaltungsbehörden, vor denen es ganz im Gegensatz zu seiner politischen Vergangenheit so große Angst hat. Er meint, das Handwerk könne besser über diese Dinge entscheiden als die Behörden. Wer ist denn das Handwerk? Doch immer die Handwerker, und zwar immer die jeweilige Majorität der betreffenden Innungshandwerker. Man strebt also einfach nach der Majoritätsherrschaft. Nun verweist der Vorredner darauf, daß bisher erst 144 Innungen das Recht, allein Lehrlinge zu halten, gewährt worden ist. Von diesen 144 Innungen sind aber 137 preußische und nach den weiteren Gewährungen des letzten Jahres sind es schon 323. Weiteren es nicht mehr sind, so liegt das einfach daran, daß der betreffende Gesetzesparagraph bestimmt, daß jenes Recht nur Innungen gewährt werden darf, welche sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bewährt haben. Daß die Verwaltungsbehörden richtig verfahren sind und keinen allzu strengen Maßstab angelegt haben, dafür ist der beste Beweis die Thatsache, daß bisher kaum eine Beschwerde gegen ihre Entscheidungen an den Minister für Handel und Gewerbe erfolgt ist. Die Befürchtungen des Vorredners sind also unbegründet.

Abg. **Kröcker** (Sozialdem.): Ich muß mich gegen die Vorlage erklären, weil ich ihre Folgen für schädlich halte, und ich thue dies, obgleich ich übergzeugt bin, daß sie den Sozialdemokraten zu Gute kommen wird. Die Vorlage belegt die Handwerker mit einer Innungssteuer. Die Innungen werden niemals etwas Gutes auf dem Gebiete der Fachschulen leisten. Die Kommunal-Fachschulen leisten überall Treffliches, die Kommunen haben auch viel mehr Mittel, sie zu erhalten, als die Innungen. Nun sollen dieselben Handwerker, die schon die Kommunal-Fachschulen durch ihre Steuern miterhalten helfen, noch zu den Innungsschulen beitragen. Dagegen protestiren wir. Und dann, wie kommen die Gesellen dazu, für die Lehrlinge und Meister, die sie nichts angehen, mit zu bezahlen? Wenn Sie aber solche Einrichtungen treffen, so ist doch vor Allem nöthig, daß Sie dem Handwerker auch die Zeit verschaffen, die Innungsschule zu besuchen. Dazu die Hand zu bieten, haben Sie aber stets verweigert. Was die Schiedsgerichte betrifft, so kann ich behaupten, daß sämmtliche Arbeiter weit mehr Vertrauen zu den Schiedsgerichten der Kommunen haben als zu denen der Innungen, und die letzteren werden den ersteren nur im Wege stehen. Am wichtigsten sind aber die Bestimmungen über die Fabriken. Durch den Ausschluß dieser von der Beitragspflicht drängen Sie die Handwerker in die Fabriken. Die Meister werden keine Gesellen bekommen, sie werden nur mit Lehrlingen arbeiten, und die Lasten werden so von immer weniger getragen werden müssen. Die Hoffnungen des Abg. Baumbach auf eine Hebung des Handwerks betreffen nur einen angenehmlichen Zustand in manchen Gegenden. Im Lande starrt uns eine schreckliche Noth des Handwerks entgegen, und die Hoffnungen des Abg. Baumbach sind ganz unberechtigt. Wenn der Abg. von Kleist-Retzow durch die Zwangsinnung dem Handwerk glaubt helfen zu können, so ist das eine große Täuschung. Es werden nur die Großmeister gewinnen, sie werden die Innungen beherrschen und die kleinen Meister werden weiter zurückgehen. Könnten die Innungen etwas helfen, so hätte es längst geschehen müssen. Sie müßten sich zusammenthun zu gemeinsamer Beschaffung des Materials und zu gemeinsamer Produktion; aber das haben sie nirgends vermocht. Eine wirkliche Hebung des Handwerks kann nur dadurch bewirkt werden, daß der Staat die Regelung der Produktion in die Hand nimmt. Die Vorlage wird die sozialdemokratischen Bestrebungen fördern, aber wir stimmen gegen sie, weil sie eine einseitige Belastung eines Standes ist.

Abg. **Rohde** (Reichsp.): Ich freue mich, daß diese Vorlage eingebracht ist, die eine alte Forderung unserer Partei erfüllt. Auch ich meine, daß wir das Handwerk nur heben können durch Stärkung der korporativen Verbände, und dadurch, daß wir den Eintritt in die Innungen erstrebenswerther machen. Die Angriffe, die Abg. Baumbach gegen die Vorlage gerichtet hat, sind ganz verfehlt. Sie richten sich gegen die veralteten Zwangsinnungen, während die Vorlage auf dem Boden der freiwilligen Innungen steht und nicht Zwangsinnungen, sondern neue lebenskräftige Bildungen hervorrufen will.

Abg. Dr. **Miquel** (nl.): Meine politischen Freunde werden wohl überwiegend für die Vorlage im großen und ganzen eintreten, aber müssen sich dabei eine wesentliche Reserve erlauben. Ich bemerke zuvor, daß, wenn die von verschiedenen Seiten angekündigten Anträge, welche viel weiter gehen, als die Regierungsvorlage, angenommen werden sollten, die Stellung meiner politischen Freunde zu der Vorlage zu meinem großen Bedauern wahrscheinlich eine andere werden wird. (Unruhe links.) Es ist ja richtig, daß in den letzten Jahren die verbündeten Regierungen in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstags Schritt für Schritt systematisch die Idee verfolgt haben, durch Gewährung besonderer Rechte und Vorrechte den Innungen die Möglichkeit zu gewähren, sich als öffentliche, rechtliche Korporationen auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiet zu bewähren. Ich für mein Theil widerspreche diesem Standpunkt durchaus nicht. Ich kann auch in dieser Beziehung den berechtigten Bestrebungen der Handwerker nicht entgegentreten, weil ich schon viel früher, als diese Politik von der kaiserlichen Regierung eingeschlagen wurde und zwar durch freie Vereinigungen, durch Initiative des Handwerkerstandes, in der Stadt, in der ich damals lebte, im Wesentlichen Alles thatsächlich erreicht habe, was in den meisten Städten trotz dieser jetzt gewährten Vorrugsrechte in Folge der mangelhaften Initiative und Opferfreudigkeit — ich muß das offen aussprechen — der Handwerksmeister bis zum heutigen Tage noch nicht erreicht ist. Also, wenn ich in dieser Beziehung mich ganz offen äußere, so soll das nicht die Meinung erzeugen, als wenn mir der korporative Zusammenschluß des Handwerkes gleichgiltig wäre. Sehr bedeutende derartige Vorzugsrechte gewährt der § 100e denjenigen Innungen, deren Mitgliedern das Recht gegeben wird, ausschließlich Lehrlinge zu halten; denen wird damit ein so eminentes Benefizium gewährt, daß damit eigentlich schon eine Art Zwangsinnung konstruirt ist. Nun sehen wir, und der Regierungskommissar hat sich damit zufrieden erklärt, daß bis jetzt nur eine sehr geringe Anzahl von Innungen zu diesem Privilegium gelangt ist. Ich kann dem Regierungskommissar aus meiner Praxis bezeugen, daß es durchaus irrig ist, wenn man glaubt, daß die verhältnißmäßig geringe Zahl von Innungen, die diese Privilegien erhalten haben, auf eine zu harte Praxis der Oberverwaltungsbehörden zurückzuführen ist. Im Gegentheil, die Oberverwaltungsbehörden haben systematisch die Gewährung dieser Privilegien befördert und sind in dieser Beziehung häufig weiter gegangen, als solche Magistrate von Städten, die dieser ganzen Entwickelung durchaus nicht ungünstig waren. In dieser Beziehung also ist das Mißtrauen gegen die oberen Verwaltungsbehörden durchaus unbegründet.

Nun könnte man ja sagen, wenn bisher auch nach dem entscheidendsten Urtheil der eigenen Instanzen die Innungen sich so wenig bewährt haben, daß von 9000 Innungen nur die geringe Anzahl von einigen Hundert dieses Privilegium bekommen haben, so beweist das nach Ansicht Vieler, daß der ganze eingeschlagene Weg falsch ist, die Gesetzgebung, sagt man, muß auf andere Weise das Ziel verfolgen oder es aufgeben. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich auf diesem Standpunkt nicht stehe. Ich finde allerdings in der jetzigen Vorlage in gewisser Weise die nothwendige Ergänzung des bisher Geschehenen. Denn ich habe in der Praxis Beobachtungen gemacht und habe mit Innungsmeistern soviel verkehrt, daß ich glaube, eine richtige Meinung über die Sache zu haben. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß bisher den Innungen sich meistens die weniger bemittelten unter den Handwerkern angeschlossen haben. Die größeren Handwerker, die eine größere Anzahl von Gesellen haben, die einen großen Umsatz haben, die schon nahe der Fabrikation stehen, die den Uebergang vom Handwerk zur Fabrikation bilden, haben sich meist abseits gehalten, haben sich um die Innungsbestrebungen garnicht gekümmert. Der kleine Handwerker, der am meisten gefährdet ist, hat sich für die Innungen am meisten interessirt; er hat in der Gemeinschaft, in den neuen Korporationen einen Hoffnungsanker gefunden, um sich aus der gefährdeten Lage heraus zu ziehen. Aber diese so gebildeten Innungen haben wenig Kräfte an Mitteln und auch — das muß ich eben so offen sagen, denn ich habe mir vorgenommen, im Interesse des Handwerks mit der größten Offenheit und Ehrlichkeit zu sprechen — eben so viel Mangel an Intelligenz. Zu Folge dessen konnten sie sich auch beim besten Willen nicht auf dem Gebiete der Erziehung und der fachlichen Ausbildung der Lehrlinge bewähren; in Folge dessen haben sie größtentheils ohne ihre Schuld diese Benefizien nicht erlangen können. Man durfte sie ihnen nicht gewähren, und es ist vollkommen in der Natur der Sache begründet gewesen, daß so wenigen Innungen bisher diese Rechte gewährt sind. Wenn nun der weitere Schritt geschieht, daß solche Innungen, welche sich nicht schon bewährt haben, Einrichtungen treffen wollen, die die Behörden als geeignet ansehen, gut durchgeführt der Ausbildung des ganzen Handwerks zu dienen und somit dem gesammten Handwerke zu Gute zu kommen, so wird der Erfolg eintreten. Daß bewirkt die Handwerker fähig sind zu einer solchen Selbsthilfe — das setze ich immer voraus, denn sonst nützen alle Gesetze nichts — so wird der Erfolg eintreten. Daß, wenn solche fachlichen Schulen z. B. in solcher zwecklichen Weise unternommen werden, wenn ein vernünftiger Plan aufgestellt wird, wenn derselbe in der Art und Weise, wie die Verwaltung eingerichtet ist, Garantie bietet, wenn er geeignet erscheint, gut durchgeführt in der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870514 1-14/fragment/page=0005

Zukunft dem Handwerk zu nützen, — daß die Verwaltungsbehörden den Innungen das Recht geben werden, die außenstehenden, wohlhabenderen Richtinnungsmitglieder zu den Kosten heranzuziehen. Wenn die doch zahlen müssen und zwar zu denjenigen Einrichtungen, die bei den Innungen ja allein wesentliche Kosten verursachen, nämlich Herbergswesen, Schiedsgerichte und Fachschulen, dann werden sie auch in die Innungen eintreten. Das wird ein gewaltiges Incitament zum Eintritt in die Innung werden, und die Kräfte des Kapitals und der Intelligenz, die überhaupt noch im Handwerke sind, werden der gesammten Innung mehr als bisher zu Gute kommen. Vielleicht — das sage ich wiederum zum Trost — kommt dadurch auch ein anderer Geist in die Innungen; der Geist wird nach meiner Ueberzeugung ein anderer werden, und der Zunftzopf, das Rückblicken in eine angeblich schöne Vergangenheit, während man alle schweren Nachtheile der Vergangenheit merkwürdiger Weise in unserer leichtlebigen Zeit schon längst vergessen hat, wird immer mehr und mehr aufhören. Die Innungen werden dann denjenigen Charakter bekommen, mit welchem sie allein sich selbst und dem Handwerk nützen können. Insofern also kann ich im Allgemeinen den Standpunkt der Regierung und der Vorlage billigen, jedoch muß ich erhebliche Reserven machen und die sind einestheils spezieller Natur, andernttheils allgemeiner Natur. Ich wünschte, daß die kaiserliche Regierung klarer und deutlicher als bisher sich darüber aussprächе, welches das letzte Ziel der Sache ist. (Sehr richtig! links.) Als Anfang für eine Zwangsinnung, für die Wiederherstellung des Zunftwesens würden wir die Vorlage ablehnen, als Ende, als Schluß von dem Standpunkte aus, daß man die Freiheit des Gewerbes und der Innungsbildung aufrecht erhalten will, können wir die Vorlage acceptiren. (Sehr richtig! links.) Die Regierung thäte nicht allein uns gegenüber wohl, sich klar auszusprechen, die wir berufen sind, die Gesetze zu machen, sondern eine solche Klarstellung, wenn sie auch vielen Aspirationen im Handwerkerstande zur Zeit unangenehm wäre, würde doch dem Handwerkerstande zu Nutz und Frommen gereichen; denn nach meinen Erfahrungen ist nichts gefährlicher gewesen bis heute, als daß die Handwerker von einer gesetzlichen Einräumung nach der anderen jagen und von Stufe zu Stufe weiter gehen, immer mit den dunklen illusorischen Hintergedanken, wir werden doch noch einmal die ganze Gewerbefreiheit los werden und zum vollen Zunftwesen zurückkehren. Solche Illusionen muß man nicht im Handwerkerstand bestehen lassen. Die Regierung ist verpflichtet, in dieser Beziehung deutlich zu sprechen zu Nutz und Frommen der Handwerker selbst. Denn diejenigen Handwerker, die am thätigsten sind, den meisten Eifer zeigen, den besten Willen haben, beschäftigen sich nicht mit der Gegenwart, wollen sich nicht selber helfen mit den Mitteln, die die Innungen schon haben, sondern sie wollen immer neue Rechte haben und jagen Phantomen nach, die sie nie erreichen werden. Ich weiß, daß das, was ich sage, vielen im Handwerkerstande nicht angenehm sein wird, aber ich halte mich dazu verpflichtet, ich will den Leuten nichts Angenehmes sagen, sondern ich will ihnen etwas Nützliches sagen — das ist meine Pflicht und Schuldigkeit. Dann aber auch im Einzelnen, und da muß ich sagen, ich halte in manchen Beziehungen manche Bemerkungen des Abgeordneten Kräcker für sehr werthvoll und beweisend, daß der Redner die praktischen Verhältnisse vielfach richtig beurtheilt. Zuerst die Schiedsgerichte. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß die Zunftschiedsgerichte schwer dahin gelangen werden, das gleichmäßige Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeiter zu gewinnen. Der Geselle steht in dieser Beziehung dem Meister viel zu nahe, vielfach ist die Abhängigkeit von ihm viel zu groß, die Freiheit der Stellung, wie die Gewerbeordnung in dieser Beziehung die Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeiter einräumt, ist in diesen Gerichten gefährdet. Zweitens aber sind die Gerichte insofern bedenklich, weil die zünftigen Schiedsgerichte nicht mit Ausschluß des Rechtswegs entscheiden können. Nur wenn zufällig ein vortrefflicher Vorsitzender da ist, der Alles in Güte beilegt, erfüllen diese Schiedsgerichte ihren Zweck, sonst dienen sie nur zu einer beklagenswerthen Verzögerung. Gerade der Arbeiter aber kann auf die Entscheidung, wenn er zu Unrecht entlassen ist, nicht warten, wenn er nicht seine Existenz verlieren soll.

Zweitens halte ich es für sehr wichtig, daß bei diesem Schiedsgericht ein gewissermaßen unparteiischer rechtskundiger, oder wenigstens im gewerblichen Leben erfahrener Vorsitzender ist, der weder als Arbeitgeber noch als Arbeiter eine Partei darstellt. Endlich je freier Sie die Wahl der Schiedsrichter bestimmen, je größer wird das Vertrauen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern sein. Wir haben in Frankfurt den kühnen Schritt gethan, ein gewerbliches Schiedsgericht mit Zustimmung beider Theile einzurichten, bei dem die Schiedsrichter, 60 an der Zahl, je 30 von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in ganz absolut freier Wahl nach geheimem Stimmrecht gewählt werden. Ich glaube, die Arbeiter, die in das Schiedsgericht gewählt sind, gehören alle einer Partei an, der Sozialdemokratie. Ich habe dies Ergebniß der Wahl vorausgesehen, und ich kann bezeugen, daß das Schiedsgericht vortrefflich funktionirt. Gewinnt ein solches Schiedsgericht Vertrauen in der Bevölkerung, dann kann es in seiner Gesammtheit höchst nützlich sein auch als Einigungsamt, es kann schwere Strikes verhüten, und schlichten und ich glaube gerade, es wäre ein Akt der Beförderung des Friedens unter den Klassen, wenn die Regierung zeitig darauf bedacht nähme, daß das in der jetzigen Gewerbeordnung völlig unausgebildete Schiedsgericht endlich durch ein klares Gesetz konstituirt würde. Erlassen Sie aber ein solches Gesetz, dann haben die Innungsschiedsgerichte keinen rechten Boden mehr. In die Innungsstatuten aufnehmen, daß jeder Innungsmeister, jeder Gesell, der mit dem Meister in Streit kommt, vor dem Innungsmeister erst eine gütliche Einigung versuchen muß, ist etwas ganz anderes, als ein förmliches Schiedsgericht; dagegen hätte ich kein Bedenken.

Ich komme nun auf die Fachschulen. Auch in dieser Beziehung muß ich sagen, ist vieles von dem, was Herr Kräcker uns gesagt hat, zutreffend. Das ist aber ein sehr weitläufiges Kapitel, von dem Viele nichts verstehen, weil man es aus der Theorie nicht lernen kann, sondern nur aus der Praxis. Ich will nur kurz das Resultat meiner Beobachtungen mittheilen. Ich habe die Erfahrung, wie allerdings früherhin unsere gewerblichen Schulen viel zu weit gegangen sind nach der Seite der Förderung der sogenannten allgemeinen Bildung. (Sehr richtig!) Die fachliche Seite trat fast völlig in den Hintergrund, und selbst da, wo die Ansätze zur fachlichen Ausbildung waren, hatten sie mehr einen theoretischen Charakter. Man sollte im Allgemeinen schön zeichnen und bossiren, aber stellte sich nicht den Zweck, für ein bestimmtes Handwerk vorzugsweise diese Kunstfertigkeiten auszubilden. Dieses System hat man jetzt nach und nach verlassen. Die Förderung der allgemeinen Ausbildung kann nicht entbehrt werden, weil leider Gottes die Lehrlinge des Handwerkerstandes immer mehr aus Klassen kommen, die schwach vorgebildet sind, und leider der Handwerkerstand selbst sich entwöhnt hat, seine eigenen Söhne wieder Handwerkslehrlinge werden zu lassen. Die brauchen wir also. Eine Abtheilung ist dafür in den gewerblichen Schulen absolut nothwendig. So wie wir nun aber in die gewerbliche Abtheilung kommen, so ist ein System nothwendig von aufrückenden Klassen, die nach einem bestimmten Plan Schritt für Schritt die Ausbildung fördern, bis man endlich auf diejenigen Klassen kommt, die die spezielle Ausbildung geben für das Zeichnen, was der Schlosser braucht, der Dekorationsmaler u. s. w., also auf Grund einer systematischen und organischen Vorbildung, welche die fachliche Vorbildung des betreffenden Handwerkers abschließt. Wenn nun die Innungsgewerbeschulen dies Ganze nicht leisten können, wenn sie daher, wollen sie überhaupt nützlich mitwirken, sich auf Einzelnes zu beschränken genöthigt sind, wenn sie verständig sind, wenn sie nicht an Stelle der Ausbildung in den kommunalen Fortbildungsschulen ihre kleine fachliche Innungsschule setzen wollen; wenn sie gewissermaßen den letzten Rest dieser Vorbildung in der fachlichen Schule der Innung herstellen wollen und sich in dieser Beziehung organisch an das ganze Schulsystem der Gemeinde anschließen, dann können sie allerdings sehr nützlich wirken. Ob aber die Innungen diesen Rathschlägen folgen werden, die leider vielfach der Meinung sind, daß man nichts weiter brauche, als den Unterricht in den rein mechanischen Hantirungen, und daher für diese Ausbildung in den gewerblichen Schulen sehr wenig Respekt haben, das ist mir zweifelhaft. Ich habe dies nur deswegen so ausführlich erörtert, weil ich verlange, daß, wenn Anträge auf Gewährung der hier fraglichen Privilegien an die obern Verwaltungsbehörden kommen, sie sich auch die Frage vorlegen, wie sich die fachliche Schule der Innung zu dem gewerblichen Schulsystem in der betreffenden Gemeinde überhaupt verhält. Aber aus dem Grund allein schon, das wird mir Herr v. Kleist-Retzow zugeben, ist es völlig unmöglich, daß wir die Entscheidung über die Gewährung solcher Rechte und Privilegien der Mehrheit der Innungsmitglieder überlassen. Da sind doch ganz andere Rücksichten höherer Art entscheidend. Das würde zu meinem lebhaften Bedauern das ganze Gesetz geradezu unmöglich machen. Wenn das Gesetz verständig gehandhabt wird, wenn endlich Klarheit in die Verhältnisse kommt, wenn die Handwerker selbst sich sagen: nun haben wir solche Rechte, wie keine Korporation wirthschaftlicher und sozialer Art sie überhaupt je in Deutschland besessen hat, jetzt ist es unsere Sache, vorwärts zu gehen und diese Rechte zu benutzen, nicht um rückwärts zu gehen, sondern um in dem Strome moderner Entwickelung befähigt weiter zu schwimmen — dann glaube ich allerdings daß dieses Gesetz nützlich wirken kann. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann ich und können meine Freunde es acceptiren, und ich möchte die dringende Bitte aussprechen an die Mitglieder der Kommission, ja vorsichtig in der Amendirung zu sein, damit man die Vortheile, die ja gerade nach der Meinung der Herren der Bewegung durch dieses Gesetz erwachsen, nicht verliere durch Uebertreibung und in Folge dessen durch Gefährdung des Kerns der Sache, den diese Vorlage vertritt. (Beifall.)

Geh. Oberregierungsrath **Lohmann:** Der Herr Vorredner hat die Annahme des Gesetzentwurfs einigermaßen davon abhängig gemacht, daß von Seiten der verbündeten Regierungen für die Zukunft bestimmte Erklärungen abgegeben werden. Was die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit demnächst beschließen werden, ist heute zu sagen Niemand im Stande. Das aber kann ich dem Vorredner erwidern, daß diese gegenwärtige Vorlage auf der Tendenz beruht, die ganze Gesetzgebung auf dem bisherigen grundsätzlichen Standpunkt zu erhalten. Es heißt nämlich in den Motiven: „Die Gewerbeordnung und in deren Weiterbildung die Novelle vom 18. Juli 1881 gehen davon aus, daß die Bildung und Wirksamkeit der Innungen mit der gesunden, freien Bewegung auf dem Gebiete der gewerblichen Thätigkeit nicht in grundsätzlichen Widerspruch treten dürfe. Sie haben daher die Bildung von Innungen der freien Initiative der Betheiligten überlassen, die Innungen selbst aber in gerechter Würdigung der Bedeutung des Handwerks für das wirthschaftliche und soziale Leben mit öffentlichen Rechten und Pflichten ausgestattet, um sie dadurch als öffentlich rechtliche Korporationen zu Trägern der gewerblichen Selbstverwaltung zu erheben." Daß die Innungen wirklich in dieser Weise die Träger der gewerblichen Selbstverwaltung werden, ist der hauptsächlichste Wunsch, welcher die Regierung veranlaßt hat, diesen Gesetzentwurf einzubringen.

Abg. **Biehl** (Centr.): Die Verwaltungsbehörden befolgen bei der Vertheilung der Vorrechte nicht immer gleichmäßige Grundsätze. (Zum Beweise verliest Redner einige Verfügungen bairischer Behörden.) Der Zweck des Gesetzes wird theilweise durch die Bestimmung illusorisch, daß solche Handwerker nicht zu den Kosten der Innungseinrichtungen beitragen sollen, welche fabrikmäßig ihr Geschäft betreiben, denn viele Handwerker wollen sich nicht mehr als solche bezeichnen, sondern nennen sich Fabrikanten. Ich lege auf den Besähigungsnachweis einen viel größeren Werth als auf diese Vorlage. Von der Kommission hoffe ich, daß sie eine glücklichere Fassung für das Gesetz finden wird, als sie jetzt hat.

Bairischer Bevollmächtigter **Landmann** tritt der Behauptung entgegen, daß die bairischen Behörden den Interessen der Handwerker nicht genügende Beachtung entgegenbrächten.

Das Gesetz wird darauf an die Innungskommission verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Militärreliktengesetz, Wahlprüfungen.) Schluß 5 Uhr.

Verlag der Aktiengesellschaft Hallische Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870514 1-14/fragment/page=0006